

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923 M.
daraus zahlbar. Unter Kreuzband
für Deutschland, Danzig, Saar- und
Rheinland sowie Österreich und
Luxemburg 2100 M., für das übrige
Ausland 2600 M. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark,
Estland, Finnland, Frankreich,
Holland, Lettland, Luxemburg,
Österreich, Schweden, Schweiz,
Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntag-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Gießling und Kleingarten“
erscheint wochentags zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 4. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kontokonto: Berlin 375 36 — Postkonto: Direktion
der Diction-Verlagsanstalt, Postfach 10000 Berlin

Anzeigenpreis:
Die einseitige Kompletzeile
kostet 500 M. Restzeile 1500 M.
„Kleine Anzeigen“ das festgedruckte
Wort 120 M. (auflösig zwei fest-
gedruckte Worte), jedes weitere Wort
60 M. Stellengröße das erste Wort
60 M., jedes weitere Wort 60 M.
Werte über 15 Buchstaben zahlen
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Zeile 50 M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Vermittlungsversuche in Paris.

Frankreich verwirft den englischen Plan — Belgien vermittelt.

So wenig sich über den Ausgang der Pariser Konferenz über die Folgen ihres drohenden Abbruchs prophezeien läßt, eines läßt sich doch jetzt schon mit Bestimmtheit voraussagen: die von aller Welt ersehnte Endlösung des Reparationsproblems wird sich aus den in London begonnenen und in Paris fortgeführten Beratungen nicht ergeben. Sie hätte sich aus ihnen nur dann ergeben können, wenn England in der Entente die unbestrittene Führung hätte, und wenn sein Vorschlag, den wir an anderer Stelle ausführlich wiedergeben, zur Verhandlungsgrundlage zwischen der Gesamtheit der Gläubiger und dem deutschen Schuldner gemacht worden wäre.

Frankreich will aber den englischen Vorschlag nicht einmal als Verhandlungsgrundlage innerhalb der Entente, geschweige denn als eine solche zwischen ihr und Deutschland gelten lassen. Es widerstrebt überhaupt jeder ökonomischen Lösung und präsentiert an Stelle eines Reparationsplans einen wirklichen Unnegationsplan mit dem unverhüllten Ziel, Rhein und Ruhr der militärischen und ökonomischen Reichsmacht Frankreichs einzuverleiben. Der Gegensatz zwischen Frankreich und England läßt sich ohne vollständige Niederlage des einen oder des anderen Teils überhaupt nicht mehr überbrücken. Geschähe jedoch das Unwahrscheinliche und läme dennoch ein Kompromiß zustande, das man dann Deutschland aufzuzwingen versuchte, so wäre damit nicht die gesuchte „Endlösung“ gefunden, sondern nur eine neue Fiktion geschaffen, ähnlich jener des Londoner Zahlungsplanes vom Mai 1921. Die Periode der europäischen Krisen wäre damit nicht abgeschlossen, sondern neu eröffnet.

Kommt kein Kompromiß zustande, so bleiben nur zwei Möglichkeiten: Vertagung der Endlösung unter gleichzeitiger Schaffung eines Provisoriums oder eigenmächtiges Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland. Darüber, wie ein Provisorium aussehen würde, das aber auch nichts anderes wäre als ein kurzfristiges Kompromiß zwischen England und Frankreich, läßt sich beim gegenwärtigen Stand der Verhandlungen noch nichts sagen. Das Provisorium kann für Deutschland eine sogenannte Atempause bedeuten, wenn sich der englische Einfluß vorläufig als der stärkere erweist; es kann aber auch im entgegengesetzten Fall von schwersten Vegetationen und Schädigungen begleitet sein.

Im äußersten Fall muß mit einem eigenmächtigen Vorgehen Frankreichs gerechnet werden, das politische Entwicklungsmöglichkeiten von ganz unübersehbarer Tragweite eröffnet. Ein solches Vorgehen wäre durch den Vertrag von Versailles in keiner Weise gedeckt, es wäre also völkerrechtlich als Friedensbruch und kriegerische Gewaltthat anzusehen, zu bewerten auch in dem wahrscheinlichen Fall, daß von dem Rechtsgrundsatz: „Gewalt darf mit Gewalt zurückgewiesen werden“, zunächst von keiner Seite Gebrauch gemacht werden würde. Dennoch würde der Erfolg das Entstehen eines Chaos sein, aus dem ein Weg friedlicher Rückkehr zu vertragsmäßigen Zuständen nicht zu erblicken ist. Nicht nur wären von da ab allem Denken und Fühlen des deutschen Volkes die zwangsläufige Bahn zum Ziel der Befreiung gewiesen, auch andere Völker wären dadurch in schärfster Gegenüberstellung zum französischen Volk gebracht, denn auch ihnen gegenüber wäre Frankreich dann vertragsbrüchig, und auch ihre Interessen wären aufs schwerste verletzt.

Schon aus der bloßen Möglichkeit eines eigenmächtigen französischen Vorgehens ergeben sich solche Gefahren, daß der Völkerbund, ohne seine moralische Selbstentfaltung zu vollziehen, nicht untätig bleiben könnte. Es wäre aber eine Illusion, anzunehmen, das militaristische Frankreich würde die Autorität des Völkerbundes anerkennen, es würde das Geschöpf höher achten als den Schöpfer, es würde den idealen Gedanken einer Rechtsgemeinschaft der Völker respektieren, wenn es das Bündnis mit jenen Mächten, denen es seine gegenwärtige Existenz als Großmacht verdankt, zu zerreißen entschlossen ist. Die Vernichtung der Entente ist zugleich auch die Vernichtung des Völkerbundes, mit dem Kern birgt auch die ihn umgebende Kurelle.

Das Vorgehen Frankreichs und Deutschlands im Sommer 1914 ist von der Sozialdemokratie aufs entschiedenste bekämpft worden — und wo ist der Mensch, der heute nicht aus tiefstem Herzen beunruhigt ist über den Kampf damals erfolglos geblieben ist? Immerhin: das gewalttätige Vorgehen der Zentralmächte entsprang dem Gefühl eines unmittelbaren Bedrohungs: schließlich waren der Nord von Serajewo, die panlawistische Unterminierung Österreichs und das französisch-russische Bündnis reale Tatsachen. Ging Frankreich auf eigene Faust gegen Deutschland gewalttätig vor, so stünden ihm noch viel weniger Entschuldigungsgründe zur Seite, als dem österreichisch-deutschen Vorgehen von 1914. So drängt sich die

Frage von selbst auf, ob eine solidarische Aktion des internationalen Proletariats imstande wäre, die gegenwärtigen Machthaber Frankreichs zur Vernunft zurückzuführen. . . .

Auch die Möglichkeit einer Intervention Amerikas wird vielfach erörtert, doch besteht leider kein Grund, optimistisch über sie zu denken. Bisher hat sich die Neigung Amerikas, in die europäischen Angelegenheiten einzugreifen, immer noch in demselben Maße vermindert, in dem sich jene weiter verwirrt. Sowohl für den pazifistischen Idealismus wie auch für den kapitalistisch-geschäftlichen Sinn der Amerikaner ist ein balkanisierter Völkerstreit sich verzehrendes Europa ein ganz hoffnungsloses Objekt. Außerdem: Amerika könnte dem heutigen Frankreich keine Schulden erlassen und ihm noch etwas dazu schenken, es würde damit keine Endlösung herbeiführen, denn das heutige Frankreich will — das zeigt ein ganzer „Reparationsplan“ — überhaupt keine wirtschaftliche Regelung, sondern politischen Machtgewinn.

Welche Hoffnung bleibt also? Einzig und allein die, daß es dennoch möglich sein werde, die Endlösung ohne allzu schwere Krisen solange zu vertagen, bis auch Frankreich für sie reif geworden sein wird. Dabei muß man sich auch darüber klar sein, daß eine wirkliche Endlösung keineswegs mit dem gegenwärtigen englischen Vorschlag identisch sein wird, der sowohl hinsichtlich der geforderten Summen als auch besonders hinsichtlich der Ausdehnung der Kontrollbefugnisse von großer Härte ist und praktisch zu Mißerfolgen führen müßte.

Nachrichten letzter Stunde deuten die Möglichkeit an, daß England den französischen Wünschen noch weiter entgegenkommen könnte. Ein belgischer Kompromißvorschlag Theunis soll in Vorbereitung sein. So müssen wir uns auch darauf gefaßt machen, daß, um die Entente zu retten, noch einmal wirtschaftliche Vernunft und Gerechtigkeit geopfert werden. Was immer die nächste Zukunft bringt — Deutschland ist noch immer Objekt der Politik, und die Hoffnungsstrahlen von Cannes sind von den Pariser Wolken schwer verhängt.

Die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Januar. (W.T.B.) Die heutige Sitzung der Konferenz, die um 3 Uhr 15 Min. begonnen hatte, wurde um 5 Uhr 15 Min. unterbrochen. Der erste Teil der Sitzung war ausschließlich mit der eingehenden Kritik Poincarés am britischen Plan ausgefüllt. Nach der Pause hat die Konferenz die Verhandlungen mit Ausführungen des belgischen Ministerpräsidenten Theunis über den belgischen Standpunkt wieder aufgenommen. Nach Theunis hat Bonar Law das britische Programm verteidigt. Im Anschluß daran entwickelte ein italienischer Vertreter die Auffassungen seiner Regierung. Die Sitzung wurde um 7 Uhr 25 Min. geschlossen. Die nächste Sitzung ist auf morgen nachmittag 3 Uhr anberaumt.

Ablehnung der englischen Vorschläge.

London, 3. Januar. (W.T.B.) Wie dem Bureau Reuter aus Paris gemeldet wird, hat das französische Kabinett die britischen Reparationsvorschläge endgültig verworfen.

Paris, 3. Januar. Das offizielle Communiqué über den heute vormittag abgehaltenen Ministerrat besagt, dieser habe einstimmig festgestellt, daß der englische Plan eine beträchtliche Herabsetzung der französischen Forderung mit neuen Ausschüssen ohne irgendwelche Pfänder nach sich ziehen und die endgültige Preisgabe wesentlicher Bestimmungen des Versailler Vertrags darstellen würde.

Nach Schluß des heute vormittag abgehaltenen Ministerrats hat Poincaré Journalisten auf Befragen erklärt: Der englische Entwurf ist unannehmbar, nicht nur für uns, sondern auch für die Belgier und Italiener. Er übergeht die belgischen Prioritätsrechte und nimmt den Italienern wie übrigens auch uns selbst das in England als Bürgschaft für die englischen Vorschläge während des Kriegs deponierte Gold. Was wird heute vorgehen? Zu Beginn der Nachmittagsitzung werde ich erklären, daß ich keinerlei Erörterung auf der Grundlage des englischen Entwurfs zulassen kann aus Gründen, wie sie im Communiqué über den heutigen Ministerrat dargelegt sind. Außerdem werde ich mich weigern, den französischen Plan durch eine Debatte über die Einzelheiten verpflanzen zu lassen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder es wird für das französische Projekt gestimmt, wie es ist, weil es ein absolutes Minimum darstellt; die französische Regierung hat sich in der Tat bemüht, alle erdenklichen Zugeständnisse zu machen, um alles zu vermeiden, was die Engländer verurteilen könnte. Oder aber, es wird die Uneinigkeitsfeststellung.

Englands Appell an Frankreich.

London, 3. Januar. (W.T.B.) Reuter meldet aus Paris: Die englische Regierung ist willens, eine vernünftigerweise mögliche Strecke mit den Alliierten zusammenzugehen, um ein Kompromiß zu finden, indem sie hofft, daß Frankreich die äußersten Bedingungen seines Planes aufgeben werde. Es wird betont, daß die Belgier, die keinen eigenen Plan vorgelegt haben, in der vorangegangenen Konferenz als Vermittler zwischen Frankreich und Großbritannien gewirkt hätten. Es ist zu hoffen, daß die Belgier auch jetzt einen mildernden Einfluß ausüben werden. Die Belgier und Italiener stehen dem englischen Plan weniger abweisend gegenüber als Frankreich. Man glaubt, daß aller Takt und jede Geschäftlichkeit auf Seiten der alliierten Premierminister nötig sein wird, um eine annehmbare Lösung der zwischen England und Frankreich bestehenden großen Meinungsverschiedenheit zu finden.

London, 3. Januar. (W.T.B.) Die Ablehnung des britischen Planes durch die französische Regierung findet in der Abendpresse große Beachtung. Wie gemeldet wird, wurde in gut unterrichteten Kreisen in London heute die Ansicht geäußert, daß starke Hoffnung bestehe, daß der drohende Abbruch der Konferenz vermieden werden kann. Die Schwierigkeiten, die entstanden seien, könnten überwunden werden mittels eines Kompromisses zwischen den Hauptgrundrissen des britischen und des französischen Planes nach einer eingehenden Prüfung durch Sachverständige, um eine Erörterungsgrundlage zu schaffen und der Konferenz zu ermöglichen, weiter zu gehen.

Ein belgischer Kompromißvorschlag?

Paris, 3. Januar. (G.) In Konferenzkreisen verlautet, der belgische Ministerpräsident Theunis bereite einen Plan vor, der die Regelung der Reparationsfrage für eine gewisse Übergangszeit bezwecke. Dieser Plan soll Einzelheiten aus dem italienischen Projekt enthalten, das Strafmaßnahmen ausschließen wollte. Im großen und ganzen soll der Plan eine vorläufige Lösung für die Dauer von einigen Monaten bedeuten.

Die Kritik Poincarés.

Paris, 3. Januar. (W.T.B.) Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas ist in der Lage, über die Kritik Poincarés am britischen Plan folgendes mitzuteilen:

Das von der englischen Regierung unter dem Titel „Plan einer allgemeinen Regelung der Reparationen und der interalliierten Schulden“ überreichte Dokument sei in seiner Gesamtheit eine Abänderung des Friedensvertrags. Es umfasse außerdem eine Anzahl Bestimmungen, durch die die entsprechenden Vorschriften des Versailler Vertrags zerstört würden. Poincaré sprach zunächst von der Abänderung des Londoner Zahlungsplans. Die deutsche Regierung habe verlangt, daß ihre Schuld endgültig festgelegt werde. Die Reparationskommission allein habe zu bestimmen, wann und unter welchen Bedingungen die Schatzkammer Serie C ausgegeben werden sollte. Der englische Vorschlag befriedige das deutsche Verlangen nicht, denn hiernach sehe sich die deutsche Schuld aus zwei Teilen, aus einem festen und einem veränderlichen zusammen. Die Abänderung könne nach zehn Jahren beginnen. Der zweite Teil der Schuld könne durch ein Schiedsgericht, das die deutsche Regierung verlange, vollkommen beseitigt werden. Wäre nicht mehr die Alliierten hätten zu entscheiden, ob die deutsche Schuld herabgesetzt werden könne. Auch die Reparationskommission werde ihrer Rechte entkleidet. Wenn sie weiter bestehe, werde sie nur ein einfaches Tribunal sein. Die Ueberwachung der deutschen Finanzen solle nunmehr einem fremden Finanzrat unterstellt werden, dessen Vorsitzender von Amis wegen der deutsche Finanzminister sei mit entscheidender Stimme im Falle der Stimmengleichheit. Es sei kaum nötig, zu bemerken, daß in einem solchen Rat Frankreich, Belgien und Italien mit 70 Proz. Anteil an der deutschen Schuld durch den deutschen Minister in die Minderheit versetzt werden könnten.

Poincaré wandte sich ferner gegen die im englischen Plan vorgesehene Vereinheitlichung der Reparationen, Zahlungen und der übrigen Vertragslasten, insbesondere sei die Entnahme der Ausgleichszahlungen aus den deutschen Reparationsleistungen vertragswidrig, der sie unter Umständen den Reparationsanteil der Gläubigermächte um 20 Proz. verkürzen könne. Was die Vertragsbestimmungen über die Sachlieferungen anlangt, so sei im britischen Plan nicht nur keine Rede mehr von Anhang 3, 4 und 5 zu Teil VIII des Vertrages. Es werde auch in hiner Weise mehr auf die Verpflichtung Deutschlands angepielt mit Vorrang vor jeder anderen Lieferung, die als Ersatz für die Förderung der zerstörten Werke bestimmten Rechten zu liefern.

Poincaré bemängelte schließlich als vertragswidrig, daß der englische Entwurf Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Naturlieferungen vorsehe. Außerdem bestehe die Gefahr, daß gerade in der Zeit, in der Frankreich am notwendigsten der deutschen Sachlieferungen bedürfe, d. h. während der vier Jahre des Moratoriums, für die deutschen Sachlieferungen, die als vorweg genommene Zahlungen gelten würden, auf Grund des vorgeschlagenen Diskontsatzes das Doppelte ihres Wertes zu bezahlen sei.

Poincaré führte weiter aus, sämtliche Bestimmungen des englischen Planes ließen sich dem Friedensvertrag ausgesprochen zu machen. Dieser stehe nun aber eines jener Dokumente dar, die man nach internationalem Recht ewige Verträge nenne und die nicht abgeändert werden könnten. Er sei von den Kanzleien sämtlicher Signatarmächte feierlich registriert worden, und das französische Parlament habe ihn ratifiziert. Der Versailler Vertrag habe also die Weihe eines feierlichen internationalen Aktes und damit den ganzen Wert erlangt, der sich mit dieser Bezeichnung verbinde. Er sei für Frankreich ein inneres Staatsgesetz geworden. Am Versailler Vertrag könnten Veränderungen nur in den gleichen Formen vorgenommen werden, d. h. durch die registrierten und von den Parlamenten ratifizierten Unterschriften sämtlicher Signatarstaaten; nicht aber könne eine Konferenz sich darauf einlassen, auch nur eine Zeile an einem derartigen Instrument zu ändern.

Poincaré besprach im Verlaufe der Nachmittagsitzung die Frage des Moratoriums. Er gab zu, daß der fremde Finanzrat die Stabilisierung der Mark innerhalb sechs Monaten durchführen solle, aber keine Garantie, kein Pfand gestatte es, anzunehmen, daß Deutschland nach dem Moratorium bezahlen werde. Außerdem gingen die Machtbefugnisse des Finanzrates Ende 1928 zu Ende und könnten nur durch einmütigen Beschluß der alliierten Regierungen erneuert werden. Das britische Programm erscheine aber noch gefährlicher, wenn man die Erleichterungen in Betracht ziehe, mit denen Deutschland sich sehr rasch von seiner Schuld befreien könne. Augenblicklich habe Deutschland keine äußere Schuld. Infolge des Zusammenbruchs der Mark habe es keine innere Schuld so herabgemindert, daß sie nur einige Milliarden Goldmark betrage. Beim nächsten Moratorium werde sie auf dem Nullpunkt anfangen. In einigen Jahren werde also Deutschland das einzige Land Europas sein, das keine innere Schuld habe. Mit seiner wachsenden Bevölkerung, seiner intakten Industrie, mit seinen großen Bodenschätzen an Kohle, Holz und Kautschuk werde es gegenüber einem Frankreich, dessen Bevölkerung halb so stark sei, die Herrschaft Europas an sich reißen, während Frankreich die ungeheure Last des Wiederaufbaus zu tragen habe. Die deutsche Vorherrschaft in Europa, die der Krieg gerichtet habe, würde also auf diese Weise von den Alliierten wieder aufgerichtet und befestigt.

Poincaré kritisierte alsdann die finanziellen Vorschläge des englischen Planes. Nach seiner Ansicht würde sich unter den Bedingungen, die der Entwurf entwickelte, die neue deutsche Schuld wie folgt stellen: Die Obligationen der ersten Serie würden 37 Milliarden betragen anstatt 50 Milliarden der Serie A und B. Die Obligationen der zweiten Serie seien viel unsicherer als die der Serie C des Londoner Planes. Poincaré kritisierte auch den Diskontierungsplan, aus dem sich ergebe, daß es genügen würde, wenn am 31. Dezember 1923 Deutschland 25 Milliarden Goldmark zahlte, um die Obligationen der ersten Serie zu tilgen. Das sei ungefähr das, was Dr. Simons im März 1921 habe zugestehen wollen. Auf diese Weise würde Frankreich von den deutschen Reparationen also nur 10,4 Milliarden Goldmark erhalten. Schließlich zieht Poincaré in Betracht, wie der britische Plan auf die Regelung der interalliierten Schulden wirken werde, namentlich ergeht er sich in Erörterungen darüber, wie Großbritannien und Frankreich sich ihrer Kriegsschulden entledigen könnten, indem er dabei auch die Ansprüche Amerikas in Rechnung stellt.

Die Haltung der Presse.

Zur Kennzeichnung der Stimmung in Frankreich und England seien nachstehend die wichtigsten Presseäußerungen wiedergegeben. Der „Times“, das französische Regierungsorgan, schreibt in einem Leitartikel bei Besprechung des englischen Reparationsplans, jetzt sehe man klar, nicht allein die Reparationsfrage verliere ihren dunklen Charakter, das ganze politische Leben Europas werde bis in eine ferne Zukunft hinein von drei gestern der Pariser Konferenz vorgelegten Entwürfen bestrahlt. Das Wort gibt eine ausführliche kritische Dargelegung des englischen Entwurfs und knüpft daran die Bemerkung, die Frage dieser Entwürfe gehe weit über die gegenwärtige Konferenz hinaus; die englische Reparationspolitik habe den Kabinettswechsel hell überstanden. Wie könne man annehmen, daß sie sich auf ein einziges ministerielles Departement, das Schatzamt, beschränke? Wenn die englische Regierung ein Projekt vorlege, das in 4 Jahren ein ruinirtes Frankreich und ein wieder aufgerichtete Deutschland einander gegenüberstelle, wie könne man dann glauben, daß die englische Diplomatie, der englische Generalstab, die englische Uniraktivität nicht die wahrscheinlichsten Wirkungen einer derartigen Lage ins Auge gefaßt hätten? Das ganze europäische Gleichgewicht liege auf dem Spiele. Die Bande, die während des Krieges vorhanden gewesen seien, seien verschwunden; die verbündeten Nationen, die auf dem Kontinent lebten, könnten nur noch auf ihre eigene Kraft und ihre eigene Politik zählen, wenn sie ihren Wohlstand, ihre Sicherheit und ihre Unabhängigkeit sichern wollten. Möchten sie an die Zukunft denken!

Vom Publikum.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Nicht jeder Künstler hat das Publikum, das er verdient; mancher das, das nur verdient; und nicht von jedem Publikum verdient der Künstler. Da gäbe es also viele Kategorien von Publikum: das gesellschaftliche, das musikalische, das nobilitische, das gut bürgerliche, das sachlich interessierte, das sensationshungrige, das raffische, das erotische. In einem Augenblick könnt ihr sehen, hören und am Vorhüll erkennen, ob die Mischung gut ist. Das Publikum ist wesentlich für Künstler und Kunstgedanke, als mancher denkt. Je nachdem es schnell, intensiv, heißblütig den Impulsen des Konzertierenden folgt oder trög, kalt, nur von Musik abgelenkt, Schall über sich ergehen läßt; je nachdem es die Einzelstimmen, Erbsen, Rausch, Gebet und Gesang massenhaft reflektiert und steigert oder unerhört in der Luft verklungen läßt; je nachdem es ein Publikum mischschaffend am Werk oder sein Würber, Gott oder Teufel, Hammer oder Knüttel. Das beste Publikum ist das freudvoll empfangsbereite, unbelastete, das widerläst das von Vorurteil befreite, von Sensationslust, Neugier oder Verhimmelungslust zersprengte, das praktische Publikum aber sind die Zuhler. Auch solche gibt es im Konzertsaal. Aber leider verdient nicht jeder Künstler an jedem Publikum. Und . . . (s. oben).

Der Insult bringt uns Sonntag nachmittags in einen Raum, in dem abends das gewöhnliche, peinlichste Publikum sich trifft. Ich sehe sie da, Kulenstark ruhig, Spannung und Freude in den Gesichtern, arbeitende Sitzen, lebende Gesichter, unermüdete Köpfe. Sie und da, bei einer bekannten Melodie, wiegt sich lächelnd Mann und Frau. Wer kennt auch die Mignon-Ouverture nicht! Augenwinkelnd, rührend gibt man sich zu verstehen; hier ist unsere Heimat, hier die Stimme unseres Herzens. Kein Laut sonst, vollendete Andacht. Die Aufführung ist so schlecht nicht. Das Orchester klingt philharmonisch. In Wilhelm Meister glauben wir den ewig jungen Philipp zu erkennen und die Wigton spielt mit schönster Anmut, lieblich zu sehen, eine kluge musikalische Geisterin, Frau Schroder-Sattler. Der Beifall noch, der hier dankt, ist charaktervoll: herzlich, warm, spontan, ohne Sensation, ohne Hysterie, ungespritzt.

Da tobt es im Bühnen-Saal anders. Einer sitzt schon fast auf dem andern Schoß, Gesundheits- und Stützenpolizei scheinen zu schlafen. Schöne, arme Frauen, französisches Parfum, Lippenstift, Kofis statt Augenbrauen, Spitzentuch. Baleris Verdoloff biegt sich Russlands Rationalistin, die „Pattétique“ Tschalkowsky. Und ihr singender Liebhaber Turjeestaja laßt die ganze Kolonie heranziehen. Wenig Zartheit ist in dem Dirigenten. Er schlägt sehr heftig den barbarischen Erdton russischer Landshaft an, ist sehr genau im Taktieren, holt die Wätereffekte mit gewisster Hand heraus, gewinnt aber keine rechte Beziehung zu den dämmerigen, sentimentalen, süßen Geheimnissen dieser Partitur. Wollte er sie hören für die Ewigkeit, der sie nicht bestimmt ist? Nun, hierin wird seine sachliche Geschäftlichkeit so wenig Erfolg haben wie Richard Genua.

In der Bühnenharmonie ist ein anderes Mal der Saal künstlich überfüllt. Menschen, die als Reklame imponieren, viel Kinder da-

„Echo National“, das Organ André Lardieus, schreibt: Wenn wir einer Indiskretion Glauben schenken dürfen, war es Lord Curzon, der vor seiner Abreise nach Bausanne eine Unterredung mit Poincaré haben wollte. Aus der gleichen Quelle will das Blatt erfahren haben, daß während der gestern vormittag stattgehabten Unterredung in Anwesenheit Bonar Law's Lord Curzon besonders auf die unheilvollen Wirkungen hingewiesen habe, die eine französisch-englische Uneinigkeit in Paris auf die Arbeiten der Konferenz in Bausanne ausüben könnten. Das Blatt fügt hinzu, daß man in den englischen Kreisen einem Bruch abhold sei, der sich dann sofort in den orientalischen Angelegenheiten fühlbar machen würde.

Diese beiden Äußerungen sind charakteristisch für die Haltung der französischen Blätter, von denen allein die sozialistischen und kommunistischen für eine Politik der Veröhnung und Verständigung eintreten. Ganz anders ist die Haltung der englischen Presse. Die „Times“ schreiben zu den Pariser Besprechungen, daß diese in nachhaltiger Weise das Schicksal Europas im Jahre 1928 bestimmen werden. Es sei wohl möglich, daß der Konflikt der englischen und französischen öffentlichen Meinung sich so weit verschärfen werde, daß ein Bruch der Entente unvermeidlich wäre. Möglicherweise gewinne aber auch der Geist der Mäßigung an Boden. Man dürfe sich aber nicht verhehlen, daß ein Abgrund zwischen der französischen und englischen Auffassung bestehe. Dies zeige sich z. B. in der Pfänderpolitik Frankreichs, das offenbar Deutschland hofieren wolle, um die Hoffnung zu zerstören, als ob Deutschland jemals wieder in irgend einer Form zu einem europäischen Zusammenarbeiten zurückkehren könne. England bringe Deutschland mehr Vertrauen entgegen und glaube, daß, wenn ihm Gelegenheit gegeben werde, seinen Kredit wieder herzustellen, von Deutschland substantielle Reparationszahlungen zu erlangen seien. „Daily Chronicle“ schreibt, der englische Vorschlag sei vor allem praktisch. Die französische Regierung habe sich bei Ausarbeitung ihres Planes von militärischen Stellen beraten lassen. Frankreich sei vor die Alternative gestellt, entweder Deutschland gegenüber eine friedliche Politik oder eine Politik à la Ludwigs XIV. zu verfolgen.

Der deutsche Friedenspakt.

Zu dem vom Reichskanzler Dr. Cuno erwähnten Vorschlag für einen Pakt, nach welchem sich die am Rheinland interessierten Mächte feierlich untereinander verpflichten und den Vereinigten Staaten ein Versprechen geben sollten, ohne Ermächtigung durch Volksabstimmung für ein Menschenalter nicht zum Kriege zu schreiten, liegt eine Reihe offizieller Kundgebungen vor. Das amerikanische Staatsdepartement gibt bekannt, der deutsche Vorschlag sei der französischen Regierung von Hughes nicht formell übermittelt worden, da eine informelle Erkundigung ergab, daß der Pakt für Frankreich nicht annehmbar sei.

Andererseits gab Poincaré in der Eröffnungssitzung der Pariser Konferenz zu dieser Frage folgende Erklärungen ab:

Er habe, nachdem ihm dieser Vorschlag mitgeteilt worden war, an den französischen Botschafter in Washington telegraphiert, daß dieser von Deutschland vorgeschlagene Vertrag ohne Zweifel ein Handover der deutschen Regierung am Vorabend der Pariser Konferenz sei. Er fügte hinzu, daß man sich fragen müsse, warum die deutsche Regierung einen derartigen Vertrag auf die Dauer von 30 Jahren begrenze. Ein derartiges Versprechen sei vollständig illusorisch. In weniger als 30 Jahren könne die deutsche Propaganda solche Revanchegeleüste erwecken, daß eine Volksbefragung über einen Angriff gegen Frankreich günstig ausfallen würde. Andererseits übertrage die französische Verfassung der Volksvertretung das Recht auf Krieg und Frieden und es wäre nicht möglich, sich dieses Rechtes ohne eine Änderung der Verfassung zu entziehen. Das französische Parlament würde übrigens niemals die Initiative zu irgendeinem Kriege ergreifen. Um den deutschen Besprechungen einen Wert zu geben, müßte ein derartiger Vertrag durch ein Defensivmilitärbündnis mit England und den Vereinigten Staaten unterstützt werden.

Nach einer neuen Unterredung des französischen Botschafters mit Staatssekretär Hughes, worin der deutsche Vorschlag ausführlich erörtert wurde, erwiderte Poincaré gleichfalls ablehnend. Er sagte, daß der Versailler Vertrag mit seinem Artikel 10 bereits ein formelles Verbot eines kriegerischen Angriffs enthalte und daß Deutschland, falls es in den Völkerbund eintrete, die Vorteile und Pflichten dieser Bestimmung übernehmen müsse. Der vorgeschlagene Vertrag sei also überflüssig

zwischen, in den Smokingsloas der Bürgeranzug von möglichem Sitz, eine aufgemachte Bureauangelegenheit persönlich interessierter. Das alles ist froh und jubelt. Zum Jubel fehlt der Anlaß. Werner v. Bülow stellt sich an die Spitze der Philharmoniker, müht sich mit viel Gestikulation des ganzen Körpers um Takt und Einfälle, bringt aber kaum eine Spur lebendiger Persönlichkeit mit. Ein Anfänger vielleicht, dem man Neigung und Erfahrung und größtes Glück der Menschenkinder wünschen möchte. Aber sein großer Namensvetter Hans hat sicher beim ersten Debut seine Hörer anders gepackt. So leistet er einer Sinfonia domestica von Strauss keinen Ritterdienst. Denn diesem Werk mit seinen gar zu äußerlichen Musikbewegungen, Reizen, Sinnfälligkeiten, bekommt der Dornröschenschlaf besser als eine so pedantische Erweckung. Aber Wibel spielt wieder das Geigen solo: Willkommen! Bei dem Dresden'er Quartett der Herren Dahmen, Schneider, Ripbahn, Kropholler sammelt sich die Vertretung guter Hausmusik. Die da kommen, kennen ihre Quartette und genießen mit Andacht zugleich und Kenntnis das Vorgetragene. Ohne gerade einheitlich im Ton der Instrumente zu sein, ohne oberflächliche dynamische Ausbalancierung rückt das neue Quartett doch, dank der hohen künstlerischen Qualität des Primgeigers, an die besten Vierer-Ensembles heran. Und auch als der vorzügliche Pianist Edmund Schmidt im César-Franck-Quintett resolut die Führung übernimmt, steht man im Banne ganzer Musiker, ganzer Musik. Das Publikum fährt es und bleibt hochgestimmt.

Samstagwerke und Geldentwertung. Ueber die Wirkung der Geldentwertung auf den Absatz im Kunstgewerbe wurden auf der Jahresversammlung der Sächsischen Landesstelle für Kunstgewerbe von den maßgebenden Persönlichkeiten interessante Angaben gemacht, über die im „Kunstwanderer“ berichtet wird. Der Direktor der königlichen Porzellanmanufaktur Meissen, Pfeifer, äußerte sich dahin, daß die Preise für die keramischen Erzeugnisse im allgemeinen auf das Fünftel gesunken seien, und das bedeute in Wirklichkeit eine Senkung der Preise etwa auf die Hälfte. Wenn die keramische Industrie diese Senkung bisher habe ertragen können, so sei dies den starken Auslandsverkäufen zu danken, die aber neuerdings erheblich zurückgegangen sind. Dadurch sei jetzt eine unheilbare Schiffschiffgefahr entstanden, und bedenklich sei auch der Wechsel in der Kundenschaft, so daß die Industrie nicht mehr wisse, für wen sie arbeite. Trotzdem habe die Qualität bisher noch nicht gelitten, und auch andere Sachverständige betonten, daß gerade die besten Qualitätswaren mit Vorliebe gekauft würden, weshalb die Qualitätsarbeit weiter vor allem gepflegt werden müsse. Der Meißner Tischlerobermeister Vietner wies darauf hin, daß wohl bald sehr umfangreiche Betriebseinsparungen eintreten müßten, wenn es nicht gelänge, die Arbeiter mit ausreichendem Holz zu ertüchtlichen Preisen zu versorgen. Der Leipziger Juwelier Treusch, der für sein Gewerbe ebenfalls trübe in die Zukunft blicke, hob besonders die Sucht hervor, die Juwelierarbeiten nach dem reinen Metall- und Karatwert zu beurteilen. Aus diesem Grunde lege man auf die künstlerisch wertvolle Juwelierarbeit weniger Wert, und darunter müsse die Qualitätsarbeit leiden. Der Dresden'er Architekt Wulle sprach über das Kunsthandwerk im allgemeinen und führte aus, daß auf einzelne Gebieten wohl eine Steige-

und er hätte den Nachteil, den Artikel 10, der nicht auf 30 Jahre begrenzt ist und der durch keine Volksbefragung befristet werden könne, abzuschwächen. Mit diesem Vertrag, so führte Poincaré aus, will Deutschland augenscheinlich in der Frage der Sanktionen, die früher oder später ergriffen werden müßten, Unklarheit verbreiten. Frankreich wird aber nicht in diese Falle gehen. Schließlich hat Poincaré den französischen Botschafter, dem Staatssekretär Hughes die gefährliche Heuschreck des deutschen Vorschlags klarzumachen.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Associated Press“ äußerte sich Reichsaußenminister Dr. v. Rosenberg noch einmal über den Vorschlag eines Friedenspakts, den die deutsche Regierung vor dem Beginn der Pariser Konferenz der französischen Regierung unterbreiten ließ. Wenn in dem Vorschlag für die Geltungsdauer des Pakts der Ausdruck ein Menschenalter gewählt worden sei, so geschah das in der Absicht, eine Mindestgrenze von 30 Jahren festzusetzen. Der Reichsregierung sei es vor allem darauf angekommen, Frankreich für ein Mehrfaches der vorgesehenen Betragungsfrist Sicherheit und Beruhigung zu verschaffen. Hätte die französische Regierung eine längere Geltungsdauer angeregt, so wäre dieser Anregung gern entsprochen worden. Ebenso wenig habe Deutschland etwas dagegen einzuwenden, daß England oder die Vereinigten Staaten den vorgesehenen Pakt durch besondere Zusagen an Frankreich ergänzen oder garantieren.

Ein zeitlicher Unfall.

Unser gestriger Hinweis darauf, daß Raithenau in Cannes angehört wurde — im Gegensatz zu der von Deutschland laut angekündigten, von den Alliierten aber abgelehnten Anhörung Bergmanns — veranlaßt die volksparteiliche „Zeit“ (oder gar die Wilhelmstraße?) zu folgender Entgegnung:

„Sicher ist auch dem „Vorwärts“ nicht unbekannt, daß in Cannes die Reparationsfrage von den Verhandlungen ausgeschlossen war, während sie in Paris den Kern der Beratungen bildet.“

Dem guten Mann, der dies schrieb, wäre dringend zu empfehlen, sich in Zukunft auf die Erörterung der Ereignisse zu beschränken, die sich im Mittelalter im südamerikanischen Urwald abgespielt haben. Dann würde er geringere Gefahr laufen, sich und seine Auftraggeber ein zweites Mal in solcher Weise bloßzustellen. Er hat nämlich ganz einfach Cannes mit — Genue verwechselt!

Gegen die Pfänderpolitik.

Erklärung der rheinischen Gewerkschaften.

Darmstadt, 3. Januar. (W.B.) Im Sitzungssaal des heftigen Landtages fand heute eine Besprechung zwischen Vertretern der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften des gesamten rheinischen Gebiets statt. Als Ergebnis wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die in Darmstadt versammelten Abgeordneten und Vertrauensleute der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sowie die Vertreter der freien Gewerkschaften erklären von neuem ihre unversöhnliche Abneigung der Ansprüche des französischen Imperialismus auf das rheinische Wirtschaftsgebiet. Eine wirtschaftliche Trennung deutscher Landesteile vom deutschen Reich und den Ländern müßte in jeder Form zu einer verheerenden Schädigung der rheinischen Wirtschaft und zu einer dauernden Behinderung des Aufstiegs der deutschen Republik führen. In der verhängnisvollen Pfänderpolitik Poincarés, in dem französischen Versuch, das Ruhrgebiet sich wirtschaftlich dienstbar zu machen und in der demagogischen Propaganda für den Frankenschlachten wir rheinischen Sozialdemokraten und Gewerkschafter nur verächtliche Etappen zu dem Ziel des französischen Imperialismus, die Rheinlande politisch und wirtschaftlich zu erobern. Die arbeitenden Massen der Rheinlande werden sich nicht nur mit allen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Mitteln gegen den französischen Imperialismus zur Wehr setzen, sondern sich auch niemals mit einer Bergewalligung der Rheinlande abfinden. Komme, was da wolle, die arbeitenden Massen der Rheinlande bleiben deutsch und bleiben treu der deutschen Republik und sind gewiß, mit diesem festen Willen nicht nur sich und dem Reich, sondern auch dem Frieden Europas zu dienen.

Die in der Zukunft völlige Niedriggang entgegengehe, wenn nicht baldigt eine Senkung der Materialpreise eintrete.

Ein Glockenspiel aus Porzellan. Wer in den nächsten Wochen Meissen besucht, den erwartet ein eigenartiger Genuß. Auf dem Rathaus wird in Kürze ein neues Glockenspiel aufgestellt sein, ein Glockenspiel, wie es kein zweites in Europa gibt. Die Glocken werden nämlich, ob groß, ob klein, ob hoch, oder tiefstimmend, alle aus Porzellan bestehen. Die ehemals königliche Porzellanmanufaktur stellt die Glocken her, die nach den ersten Proben zu schließen, einen ganz märchenhaften Klang haben. So gewaltig die große Kirchenglocke ist, die aus Bronze gegossen ist, die kleinen Glocken der Glockenspiele haben doch zumeist eine recht dünne, blecherne Stimme. Das ist beim Porzellan anders. Auch die hohen Stimmen tönen noch voll und passen vorzüglich zu den tiefen Tönen. — Das Porzellan schmilzt im Ofen unter höchster Temperatur zu einer glasartigen Masse zusammen, in der ganz außerordentliche Spannungen vorherrichen, von denen, wie von dem umschlossenen Hohlraum, Höhe und Stärke der Töne abhängen. Ein winziger Riß genügt jedoch, um diese Spannungen zu unterbrechen; mit dem schönen Klang ist es dann sofort vorbei. Deshalb muß beim Drehen solcher Glocken, noch mehr aber beim Brennen, mit allergrößter Sorgfalt verfahren werden. Andererseits gehört gerade die Glockenform gleich Tasse und Schale zu den Urtypen des Porzellans, die eben durch ihre inneren Spannungen die Form auch im schärfsten Brande halten, während flache Teller und plattliche Schilde sehr leicht sich verziehen und reißen. — So wird die Porzellanstadt Meissen ein neues Wahrzeichen erhalten, ihr „Auf“ wird in doppeltem Sinne vom Porzellan ausgehen.

Russische Theater- und Kinzensur. Das Volksoffizialrat für Bildungswesen hat einen Entwurf zur Schaffung eines Sowjet-amtlichen Repertoirekomitees vorgelegt. Dieses Komitee soll die Kontrolle über alle öffentlichen Aufführungen ausüben und vor allem Vorstellungen antisowjetischen, religiös-mystischen, pornographischen und national-verderblichen Inhalts verbieten. Die Staatstheater, für deren Spielplan ihre eigenen Verwaltungen haften, sollen dem Repertoirekomitee nicht unterstellt werden. Dem Komitee sind alle Teile der zur Aufführung gelangenden Stücke zur Prüfung vorzulegen. Ferner soll eine besondere Zensuraktion für Kinematographie geschaffen werden. Dem Zensurkollegium gehören u. a. Vertreter der Staatlichen Politischen Verwaltung (früher Tscheka) an. — In einem Moskauer Theater gelangt demnächst eine Hamlet-Bearbeitung zur Aufführung, die, wie die Sowjetblätter melden, „dem Zeitgeist angepaßt“ ist.

Eine Leistung der deutschen Schiffbautechnik. Im Kaiser-Wilhelm-Kanal war Ende November nach einer Kollision mit dem Hamburger Dampfer Neopatra der dänische Dampfer Sigrun gesunken. Nach der Bergung wurde die Reparatur des Schiffes zur Ausdehnung gebracht und der Werft Kiel der Deutschen Werke A. G. übertragen. Diese Werft hatte als Reparaturzeit eine Frist von 18 Tagen angeboten. Da das ganze Vorschiff des Dampfers bis zum Kollisionsschott zerstört war, und alle Bade- und Waschräume unter Wasser gestanden hatten, wurde die Möglichkeit, eine so kurze Frist einzuhalten, von vielen Seiten in Zweifel

Während die Unternehmer verschiedener Gewerbebezüge sich einer Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten hartnäckig widersetzen, schreitet die Teuerung unaufhaltsam fort. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) ist nach Erhebungen des Statistischen Reichsamts im Durchschnitt des Monats Dezember auf 68503 gegenüber 44610 im Monat November gestiegen. Die Gesamtkosten der Lebenshaltung betragen somit für Dezember das 685fache der Vorkriegszeit. Gegenüber dem Vormonat beträgt die Steigerung 53,6 Proz.; sie bleibt demnach hinter der Steigerung in den letzten Monaten (66,7 bzw. 102,2 Proz.) nicht unerheblich zurück.

Die Indexziffer ohne die Bekleidungs Ausgaben stellt sich auf 61155, ist demnach um 52,7 Proz. höher als im Vormonat. Die Bekleidungskosten allein haben sich um 56,9 Proz. auf 116113 erhöht. Die geringste Steigerung zeigt die Indexziffer für die Ernährungskosten, die im Dezember um 46,8 Proz. auf 80702 gestiegen sind. Ihre Höhe ist besonders beeinflusst durch die Kartoffelpreise, die im letzten Monat fast unverändert auf dem rund 200fachen des Friedenspreises geblieben sind.

Die Regelung der Milchwirtschaft. Ablehnung eines Reichsgesetzes.

Von vielen Seiten ist zur Beseitigung der Mängel, die sich in der Produktion und im Handel mit Milch eingebürgert haben, die Schaffung eines Reichsgesetzes für Milch gefordert worden, um vor allen Dingen auch die gewaltigen Unterschiede zwischen den Milchpreisen in den einzelnen Ländern zu beseitigen. Das geforderte Reichsmilchgesetz ist auch Gegenstand eingehender Besprechungen im Ministerium des Innern und im Ministerium für Volkswirtschaft gewesen. Man hat sich jedoch veranlaßt gesehen, eine reichsgesetzliche Regelung, die u. a. auch eine Begriffsbestimmung der Milch und Milchzeugnisse sowie eine Ueberwachung der Milchgewinnung und des gesamten Milchverkehrs, auf reichsgesetzlichem Wege für unzumutbar zu halten. In einem Schreiben des preussischen Ministers Hirtfelder heißt es:

„Eine gesetzliche Regelung, die einen erhöhten Schutz der Verbraucher gegen minderwertige Milch zum Ziele hat, muß unvermeidlich, sowohl den Erzeugern als auch den Händlern große Lasten auferlegen. Zu einer Regelung der Frage der Milchgewinnung gehören gewisse Anforderungen an Sauberkeit, Beschaffenheit und Haltung des Milchviehes, Beschaffenheit der Futtermittel und der Ställe usw. Werden nach dieser Richtung so weitgehende Anforderungen gestellt, wie sie vom Standpunkt der Hygiene wünschenswert erscheinen, so ist unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen und im Hinblick auf die gegenwärtige Milchknappheit zu befürchten, daß die Milchherzeugung noch weiter als bisher zurückgeht, zumal Maßnahmen der in Frage kommenden Art jetzt teilweise kaum oder überhaupt nicht durchführbar sein würden. Es wäre daher zu befürchten, daß viele Milchviehhöfe dann lieber auf das Inverkehrbringen von Milch ganz verzichten würden. Weiter ist zu befürchten, daß eine weitgehende gesetzliche Regelung des Milchverkehrs nicht nur ein Zurückgehen der Produktion, sondern auch eine erhebliche Verteuerung der Milch zur Folge haben würde, was sowohl im Hinblick auf die in diesen Gegenden Deutschlands herrschende Misshat, als auch mit Rücksicht auf die stark gekunkene Kaufkraft breiterer Schichten der Bevölkerung vermieden werden muß.“

Wir würden es sehr bedauern, wenn es bei dieser Haltung des preussischen Volksratsministers bleiben sollte. Die reichsgesetzliche Regelung der Milchbewirtschaftung ist gerade unter den heutigen Verhältnissen eine unbedingte Notwendigkeit. Ohne einen gewissen gesetzgeberischen Zwang wird sich die für die Erhaltung der Volksgesundheit unerlässliche Ueberwachung der Milchgewinnung und -behandlung nicht ergiebig lassen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind durchaus zu überwinden. Hoffentlich nimmt sich das Reichsernährungsministerium dieser Frage energisch an.

gezogen. Es mußten an dem Schiff 50 Kufenpöden erneuert werden, und das Gesamtgewicht des neu eingebauten Eisens betrug etwa 65 Tonnen. Der Wert ist es gelungen, die Reparatur noch einen Tag früher zu beenden. Die Ausführung einer so umfangreichen Reparatur in nur 17 Tagen muß nicht nur als Zeichen der außerordentlichen Leistungsfähigkeit der Werft, sondern auch als Beweis des lebendigen und unermüdbaren Arbeitswillens der deutschen Industrie angesehen werden.

Die „englische Krankheit“ im Altertum. Die sogenannte „englische Krankheit“, die schon vor dem Kriege unter den deutschen Großstädtländern sehr verbreitet war, ist infolge der Hungerplöden und der Kriegsanforderungen bei uns in einer Weise hervorgetreten, wie es in früheren Jahrhunderten nicht bekannt war. Aus der Geschichte dieser Volkskrankheit berichtet auf Grund neuer Untersuchungen Dr. Erich Edelstein in der „Beyliger Illustrierten Zeitung“ und hebt hervor, daß es jetzt gerade 300 Jahre her ist, seit dieses Leiden zuerst in der neuere Geschichte bekannt wurde und seinen Namen erhielt. Die Krankheit wurde damals in Südengland auf die Krankheit aufmerksam, und eine zur Erforschung des Leidens eingesetzte Kommission veröffentlichte ein heute selten gewordenes Buch, auf dessen Titel zum erstenmal die Bezeichnung „Rachitis“ aufsteht, ein Name, der darauf hinweisen sollte, daß die Wirbelsäule bei dieser Krankheit sehr häufig angegriffen wird. Als das „neue Leiden“ nach Deutschland kam, nannte man es „englische Krankheit“, wie man einige Jahre früher die von Spanien aus kommende Grippe als „spanische Krankheit“ bezeichnet hatte. Die Rachitis war aber kein neues Leiden, sondern schon im Altertum bekannt. Das geht z. B. aus der dritten Satire des Horaz hervor, wo es heißt, daß ein Vater sein Söhnchen mit säbelgetränkten Weinen „Teufeln“ ruft oder es wegen der schwulstigen vermaßelten Knochen mit „Humpelchen“ anredet. Eine andere wichtige Stelle ist aus den Mitteilungen des zur Zeit Trojans in Rom lebenden Arztes Soranos bekannt, in denen davon gewarnt wird, die Kinder zu früh und zu lange sitzen zu lassen, weil sonst das Rückgrat infolge der Weichheit der Knochen krumm wird, ebenso wie allzu rasches Aufstehen und Gehen der Kleinen die Beine krumm mache. In Rom war also zur Kaiserzeit die englische Krankheit bereits ziemlich häufig, während sie in Griechenland augenscheinlich wenig beobachtet wurde. Das erklärt sich aus den sozialen Verhältnissen der Millionenstadt Rom, deren enge Straßen und dicht zusammengedrängte Mietshäuser den Boden für die Entstehung rachitischer Störungen abgaben. Das griechische Kind, das unter viel günstigeren Lebensbedingungen heranwuchs, weil man dort die römischen Großstädte nicht kannte, war von solchen Knochenveränderungen verschont, und wir finden daher in den ärztlichen Schriften der Griechen, besonders auch in denen des Hippokrates, nur spärliche Erwähnungen.

Beethoven IX. Symphonie wird am 4. Januar in der Singakademie von Schellin u. a. in der Uebung unter Arnold Odel aufgeführt. Am Renaissance-Theater wird „Die Verste des Stars Soffina“, vier Szenen aus dem Karamasoff von Dostojewski, Donnerstag und Freitag aufgeführt.

Miner Wildgans, der als Direktor des Wiener Burgtheaters bis Ende Dezember krankheitsbedingt war, hat von der Staatstheaterverwaltung seine Kündigung erhalten. Er wird eine Vortragsreise nach Deutschland unternehmen.

Bonar Laws Reparationsplan.

Paris, 3. Januar. (W.T.B.) Der englische Reparationsplan, der eine vollkommene und endgültige Regelung der Reparationen und der europäischen interalliierten Schulden darstellen soll, besagt:

Die auf Grund des Friedensvertrages eingegangenen deutschen Verpflichtungen werden für vier Jahre annulliert, abgesehen von gewissen Sachleistungen, an deren Stelle Kredit gegen künftige Zahlungen gegeben werden soll. Es werden selbstbestimmt zwei Milliarden Goldmark (100 Millionen Pfund) jährlich für die nächsten vier Jahre, 2½ Milliarden Goldmark (125 Millionen Pfund) jährlich für die folgenden zwei Jahre; nach 10 Jahren 3½ Milliarden (160 Millionen Pfund) oder eine kleinere Summe (nicht weniger als 2½ Milliarden), wie sie

von einem unparteiischen Tribunal festgesetzt wird. Falls die überwachende Behörde, über die weiter unten Bestimmungen folgen, sich einstimmig dafür entscheidet, daß der Stand der deutschen Finanzen vor dem Ende der vierjährigen Anlaufperiode ein solcher ist, daß Vorzahlungen für Reparationszwecke geleistet werden können, wird das genannte Tribunal Bollmacht haben, den Beginn der Jahreszahlung von zwei Milliarden um eine Periode vorzudatieren, die zwei Jahre nicht übersteigt, je nachdem es ihr geeignet erscheint und hinsichtlich der weiteren Zahlungen solche Regelungen zu treffen, wie sie angemeßen erscheinen. So daß sichergestellt wird, daß die Gesamtverpflichtung nicht erhöht wird. Die Obligationen sollen die Form fünfprozentiger Bons haben, einlösbar auf Abruf durch die deutsche Regierung, die ratenweise unter milden Bedingungen im Laufe von 32 Jahren getilgt werden würden.

Die Bons sind in zwei Serien eingeteilt. Serie 1 stellt die festgesetzte Zahlung dar, bis zu 2½ Milliarden jährlich, Serie 2 die zufälligen Zahlungen, die über die 2½ Milliarden hinausgehen und mit dem ersten Jahre ab beginnen. Ein Tilgungsfonds ist nicht vorgesehen, die Einlösung aber besonders in den ersten Jahren zu so liberalen Bedingungen statthaft, daß die Ersparnis an der jährlichen Verzinsung der eingelösten Bons, wenn der deutsche Kredit wiederhergestellt ist, genügen würde, um Verzinsung und Tilgung für die deutschen, zu Einlösungszwecken auf dem Weltmarkt aufgenommenen Anleihen zu decken. Diese Vereinbarung gebe Deutschland einen starken Anreiz, derartige Anleihen so bald wie möglich auszunehmen, da es dadurch eine ständige in eine zeitlich begrenzte Verpflichtung umwandeln würde, ohne Vermehrung der jährlichen Belastung. Ferner würde dadurch eine normale ausländische Schuld an Private

an die Stelle der bisherigen Schuld an die auswärtigen Regierungen treten. Die im Plan vorgesehene Bons sollen nicht öffentlich ausgegeben oder auf den Markt gebracht werden, sondern lediglich zur Berechnung dienen. Die Mobilisierung der deutschen Reparationsschuld hätte durch von Deutschland auszunehmende Anleihen zu erfolgen, deren Ertrag zur Einlösung der Originalbons dienen würde. Um Deutschland eine wirkliche Gelegenheit zu geben, sein Budgetgleichgewicht wieder herzustellen und die Markt zu stabilisieren, ist es durchaus notwendig, daß es während der ersten Periode vollständig von der Zahlung in fremden Währungen befreit wird, und daß die Sachleistungen (ausgenommen soweit die empfangenden Länder bereit wären, für sie in bar zu zahlen) auf ein Minimum herabgesetzt werden. Andernfalls würde es notwendig sein, daß die Lieferungen an Reparationskonten von Koks an Frankreich, von Kohlen an Italien und wahrscheinlich auch von Farbstoffen fortgesetzt werden, allerdings in ermäßigtem Umfang, selbst während dieser ersten Periode. Die genannten Rationen können nur durch Verhandlungen festgelegt werden. Falls der Plan sich erfolgreich erweist, ist es indessen höchstwahrscheinlich, daß Deutschland selbst versuchen würde, seine Sachleistungen in den ersten Jahren auf ein Maximum zu steigern, angesichts der liberalen Bedingungen, unter denen der Wert der Sachlieferungen zur Tilgung seiner Schuld verwendet wird. Der Plan würde Deutschland angeboten werden unter der Bedingung,

- daß es selbst unternimmt 1. die Markt zu stabilisieren im Einklang mit den in dem Reichstagsbericht der ausländischen von der deutschen Regierung im letzten November bezogenen Sachverständigen enthaltenen Empfehlungen, und das Budgetgleichgewicht wieder herzustellen innerhalb einer noch vorzuziehenden Frist (etwa 6 Monate für die Stabilisierung und zwei Jahre für die Budgetreform), 2. eine solche finanzielle Ueberwachung anzunehmen wie sie von den alliierten Mächten für notwendig erachtet werden wird, um die pünktliche Durchführung dieser Reformen zu sichern (siehe Liste b), 3. falls Deutschland die überwachende Autorität nicht darüber befreit, daß die Bedingungen eingehalten wird, oder seine jetzt residierenden Verpflichtungen nicht erfüllt, hätte es sich auf den Bericht der überwachenden Autorität von einer solchen Befreiung hin irgendwelchen Maßnahmen zu unterwerfen, die von den alliierten Mächten einstimmig für notwendig erachtet würden, und die eine gewalttätige Erfassung von deutschen Einnahmen und Beständen und die militärische Besetzung deutschen Gebiets außerhalb der bestehenden Besetzungszone umfassen.

Interalliierte Schulden.

Unter der Voraussetzung, daß der obige Reparationsplan angenommen wird, werden die folgenden Vorschläge zur Regelung der Frage der interalliierten Schulden gemacht und alle Vorschläge für die Ergründung von Pfändern und die Anwendung von Sanktionen (außer den in dem obigen Plan vorgesehene) werden aufgegeben:

- 1. die jetzt von Großbritannien als Sicherheit für die interalliierten Schulden gehaltenen Golddepots sollen für die Herabsetzung dieser Schulden verwendet werden. 2. Die erste Serie deutscher Bons, die Frankreich im Hinblick auf die belgische Kriegsschuld erhält, und die 1½ Milliarden der ersten Reihe von Bons, die Italien im Hinblick auf seinen Reparationsanteil erhält, sollen an Großbritannien überliefert werden. 3. Der Rest der Restschulden unter den europäischen Alliierten für Vorkosten zur Fortführung der Kriegführung ist gänzlich abzuschreiben (dabei wird nicht berührt der Status quo bezüglich der interalliierten Nachkriegsschulden). Alle Gesamtsorderungen werden aufgegeben unter der Bedingung, daß die Schuldner ihre Ansprüche an die Bons der zweiten Serie an einen Pool übertragen zur Verteilung an diejenigen Mächte, die an die Vereinten Staaten von Amerika veräußert sind, und zwar im Verhältnis ihrer amerikanischen Schulden.

Die leitenden Grundsätze des Planes

- 1. Ein Mindestmaß der deutschen Verpflichtungen festzusetzen, innerhalb der nächsten Berechnungen der deutschen Leistungsfähigkeit durch die Sachverständigen, sowie eine Zusatzverpflichtung, die zunächst nicht ungebührlich belastend ist, die aber von einem unparteiischen Tribunal nach herabgesetzt oder gestrichelt werden kann, wenn sie sich in Zukunft als übermäßig erweisen sollte; 2. an die Stelle der zur Zeit festgestellten Schulden der europäischen Alliierten an Großbritannien eine Regelung zu setzen, wonach mit Ausnahme eines kleinen Prozentsatzes, der die Form einer Anweisung auf die deutschen Obligationen erhalten könnte, alles nachgelassen würde, wobei jedoch die über das festgesetzte Mindestmaß hinausgehenden deutschen Zahlungen allgemein zur Abdeckung europäischer Schulden an Amerika verwendet werden könnten.

3. Deutschland günstige Bedingungen für die frühzeitige Vorauszahlung der jährlichen Zahlungen zu gewähren.

Die erste deutsche Schuld

erhält die Form von 50 Milliarden 32jähriger Goldmarkbons, die während der ersten vier Jahre nicht verzinst werden; während der nächsten vier Jahre beträgt der Zinsfuß vier, nachher fünf Prozent. Ein Tilgungsfonds ist nicht vorgesehen, aber die Bons können unter Bedingungen eingelöst werden, die, wenn der deutsche Kredit sich erholt, es ermöglichen, daß die Zinsen und die Tilgung für die Anleihen, die zur Einlösung erforderlich sind, aus den Ersparnissen an den Zinsen für die Bons gedeckt werden können.

Deutschland hat dadurch einen doppelten Anreiz, sich von der Öffentlichkeit zur Einlösung der Originalbons Geld zu leihen. (Diese sind nicht zur Ausgabe an das Publikum bestimmt, sondern dienen lediglich als Sicherheit für die jährlichen Zahlungen und als Belege für Berechnungszwecke.)

- a) Es befreit sich dadurch von seiner direkten Verpflichtung gegenüber den alliierten Regierungen. b) Es setzt ohne weitere Kosten eine beschränkte Verpflichtung an die Stelle einer dauernden.

Die Vorteile, die für den Plan in Anspruch genommen werden, sind die, daß eine Annahme die Wiederherstellung des deutschen Kredits ermöglichen und zur Gewinnung von sehr erheblichen Summen für Reparationszwecke führen würde, während das Verhalten bei einer Politik, die unmäßige Ansprüche mit Gewalt durchzusetzen sucht, schließlich mit der allgemeinen Zerstörung des Kredits enden würde.

Der gegenwärtige Wert der ersten Schuld im Sinne dieses Planes kann infolge der verschiedenen Einlösungsmöglichkeiten nicht genau geschätzt werden. Führt die Annahme des Planes zu einer raschen Wiederbelebung des deutschen Kredits und wird Deutschland fähig, durch die Aufnahme von Anleihen den Gesamtbetrag der festgesetzten Jahreszahlungen in den ersten paar Jahren abzuführen, so würde der gegenwärtige Wert nicht mehr als 30 Milliarden

betragen und könnte möglicherweise niedriger sein. Aber wenn das geschehen sollte, würden die Alliierten tatsächlich diese 30 Milliarden erhalten haben und Deutschland wäre zweifellos in einer Lage, für den Dienst der zweiten Serie der Bons zu bezahlen, wenn sie nach 10 Jahren geschaffen werden, und diese Serien ebenfalls sehr schnell einzulösen. In diesem Falle hätten diese Bons der zweiten Serie einen Gegenwartswert von mindestens 7,4 Milliarden unter Zugrundelegung einer Verzinsung von 6½ Prozent,

so daß unter dieser Voraussetzung die ganze Schuld mit einem Gegenwartswert von über 37 Milliarden in 12 oder 15 Jahren hauptsächlich in den ersten 10 Jahren beglichen wird.

Bei der ungünstigen Annahme, daß keine deutschen Anleihen zustandekommen, wobei jetzt noch in der Zukunft, daß die Bons der zweiten Serie gänzlich gestrichen werden müssen, und daß Deutschland lediglich die Zinsen der ersten Serie bezahlt, und zwar als eine dauernde Annuität, die in vier Jahren mit zwei Milliarden beginnt und sich nach weiteren vier Jahren auf 2½ Milliarden steigert, beträgt der Gegenwartswert unter Zugrundelegung einer fünfprozentigen Verzinsung 39½ Milliarden. Die Deutschland aufgelegte Last, die sich ermöglichen würde, wenn es Einlösungsanleihen zu günstigen Bedingungen aufnimmt, deckt alle finanziellen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag.

Plan für allgemeine Regelung der Reparationszahlungen und europäischen interalliierten Schulden.

Reparationen.

- 1. Die bestehenden deutschen Schatzbons der Serien A, B und C sind zu streichen und die Summe der Jahreszahlungen ist zu reduzieren auf die Beträge, die Jahr für Jahr nötig sind, um für die Zinsen vorzuzahlen, welche für die neuen Bons fällig sind, die nach § 2 ausgegeben werden sollen. 2. Deutschland gibt für die Reparationskommission neue Bons aus, die in zwei Serien zerfallen: a) Die erste Serie der Bons in Höhe von 50 Millionen Goldmark ist sofort auszugeben, und zwar rückzahlbar zu Paris am 31. Dezember 1934. Sie sollen Zinsen von 5 Prozent jährlich bringen, die halbjährlich zu zahlen sind. Die Zinszahlungen sind ganz zu Stunden für die ersten vier Jahre (bis zum 1. Januar 1927) und bis zum Betrage von 1 Prozent jährlich für die nächsten vier Jahre (bis zum 1. Januar 1931).

b) Die zweite Serie Bons zum Betrage von 17,51 Milliarden Goldmark (d. h. dem Betrage der gestundeten prozentigen Zinsen der Bons der ersten Serie bis zum 1. April 1933) oder zu einem solchen niedrigeren Betrage, wie ihn das Schiedsgericht bestimmen mag, das im § 3 vorgesehen ist, ist auszugeben am 1. April 1933, rückzahlbar in Paris am 31. März 1935. Die Bons sollen halbjährlich zahlbar prozentige Zinsen auf das Jahr bringen. Wenn zu irgendeiner Zeit vor dem 1. Januar 1927 die überwachende Behörde, die in § 11 vorgesehen ist, einstimmig entscheidet, daß die Lage der deutschen Finanzen eine solche ist, daß Vorzahlungen für Reparationen begonnen werden können, so soll Deutschland in bar solche Summen bezahlen, wie sie die Ueberwachungsbehörde vorschreiben mag, und zwar in jedem Kalenderjahre 1925 und 1926, aber nicht über 2 Milliarden Goldmark für jedes Jahr.

Verhandlungen mit Bayern.

Schutz der Republik — Volksgerichte — Fall Fehrenbach.

München, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Reichsjustizminister Dr. Heine trifft heute Abend in München zu einem offiziellen Besuch ein. Er wird mit dem bayerischen Justizminister Dr. Geisler, der die jüngsten Verhandlungen über die Durchführung der Republik-Schutzgesetze mit dem früheren Reichsjustizminister Dr. Radbruch geführt hat, über alle Fragen verhandeln, die das Zusammenarbeiten der Justizverwaltung in Bayern mit dem Reichsjustizministerium betreffen. Dazu gehören außer der Durchführung der Abmachungen zwischen Berlin und München auch die geplanten Reformen auf dem Gebiete des Rechtswesens. Nach offiziellen Meldungen hat der bayerische Ministerrat die grundsätzlichen Fragen, die bei der Unterredung aufgeworfen werden, vorbereitet. Es kann als wahrscheinlich angenommen werden, daß auch die Rechtsprechung der Volksgerichte, insbesondere auch der Fall Fehrenbach, Gegenstand der Beratungen sein werden.

Vier Wochen Haft für Flugblattausträger.

München, 3. Januar. (Eig.) Wie die „Münchener Post“ meldet, sind die von den Polizeiorganen Koburg ermittelten Austräger der Flugblätter, die zur Verhinderung von Bayern aufzuforderten, durch Strafmandate mit einer vierwöchigen Haftstrafe belegt worden, da die Flugblätter den pressegesetzlichen Vorschriften nicht entsprachen und für ihre Verbreitung nicht die polizeiliche Genehmigung eingeholt war. Die Betroffenen wollen Berufung einlegen. Die Meldung, die Flugblätter seien von der sozialdemokratischen Zeitung in Koburg hergestellt worden, wird von dem genannten Blatt als erfunden bezeichnet.

Gewerkschaftsbewegung

Um die Januarlöhne im Bergbau. Einführung eines Schlichtungsausschusses.

Im Reichsarbeitsministerium haben gestern die Vertreter der beiderseitigen Organisationen im Kohlenbergbau zentrale Verhandlungen über die Januarlöhne geführt. Die von den Arbeitern geforderte Lohnzulage von 45 Proz. wurde als untragbar bezeichnet. Nach dem Bericht der V.S.-Korrespondenz sprach zu Beginn der Verhandlungen von Arbeitgeberseite Direktor v. Felsler über die Deckungsfrage, die durch das Lohngehören von neuem aufgerollt werde. Die Beratungen hierüber mußten jedoch verschoben werden. Dann sprach Generaldirektor Wiskott über die Lohnforderungen selbst. Er entwarf ein Bild der Wirtschaft und schilderte die Rolle, die

der steigende Kohlenpreis

in der gesamten deutschen Industrie jetzt spiele. Wenn der Kohlenpreis wie bisher von Monat zu Monat in die Höhe schnele, so nahe mit Lebensmitteln der Zeitpunkt, an dem nicht nur die Schwerindustrie, sondern vor allem auch die weiterverarbeitende Industrie zum Erliegen kommen werde, da die Kohlenpreise heute unerschwinglich seien. Dasselbe treffe für den Kleinverbraucher zu, der den Hausbrand kaum noch abnehmen könne. Redner war der Ansicht, daß auch eine Revision der Abprozentigen Kohlensteuer notwendig sei, um die Wirtschaft im Gang zu halten und ihr nicht das notwendige Produkt, die Kohle, zu entziehen. Der Vertreter der Metallindustrie, Dr. Zetter, erklärte, daß bei dem Stande der Wirtschaft für die deutsche Metallindustrie eine neue Kohlenpreiserhöhung in dem Maße, in dem die Lohnforderungen gefordert werden, nicht mehr erträglich sei, und daß große Industriezweige zum Erliegen kommen müßten, wenn die Preisschraube in dem bisherigen Tempo weiter angezogen würde.

Hierauf begründeten die Vertreter der Bergarbeiter ihre Forderungen. Verlangt wurden Aufbesserungen von 1000 Mk. pro Schicht, und zwar ab 1. Januar. Sollten die Vertreter des Arbeitgeberverbandes sich nicht zu einer Lohnerrhöhung verstehen können, so bestünde die Gefahr, daß die Bergarbeiter die vom 15. Januar ab neu zu verfahrenen Heberschichten rundweg ablehnen würden. Eine Lohnerrhöhung sei notwendig, weil der Index im Monat Dezember um 50 Proz. gestiegen und weil der Lohn des Bergarbeiters hinter dem in anderen Industrien, z. B. in der Metallindustrie, erheblich zurückgeblieben sei. Auch die Arbeitnehmervertreter verlangten mit aller Schärfe einen Abbau der Kohlensteuer, um so, ohne den Verbraucher zu belasten, eine Angleichung des Bergarbeiterlohns an die Feuerungsverhältnisse möglich zu machen. Die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums ebenso wie die Arbeitgebervertreter wiesen darauf hin, daß eine Lohnerrhöhung

aus außenpolitischen Gründen

nicht möglich sei. Gerade jetzt, zur Zeit der Pariser Verhandlungen, müsse man auch von den Arbeitnehmern Entgegenkommen verlangen, wenn nicht das wirtschaftliche Bild, das die deutschen Unterhändler in Paris zu zeigen haben, so gewaltige Verschlechterungen aufweisen müßte, daß die aufgestellten Berechnungen wiederum hinfällig würden. Eine Einigung zwischen beiden Parteien war jedoch nicht möglich. Aus diesem Grunde sollte man daher den Schlichter, das Schlichtergericht ein Urteil fällen zu lassen, das heute zusammenzutreten soll.

Da die außenpolitischen Gründe auch bei der Abkündigung einer Lohnzulage in der Berliner Metallindustrie aufgeführt wurden, muß man sich fragen, welche Bewandnis es damit haben soll. Für die Frage der Stabilisierung der Mark bieten die ziffernmäßig ungemein hohen, dennoch höchst unzureichenden und unbedingten Löhne die denkbar beste Begründung. Soll etwa bei den Vertretern des Auslands der Ansehens erweckt werden, als sei der deutsche Arbeiter ordentlich entlohnt und könne trotz den weiter steigenden Preisen, trotz der bevorstehenden Brotpreiserhöhung, ohne weitere Zulagen auskommen? „Aus außenpolitischen Gründen“ muß doch der Konferenz der alliierten Staatsmänner die volle Wahrheit gesagt werden über die wirtschaftliche Lage in Deutschland und damit auch über die Lage der Arbeiter. Oder hätte man bisher — aus außenpolitischen Gründen — den Arbeitern unverantwortlich hohe Löhne zugesichert und müßte nun mit weiteren Zulagen warten bis zur Beendigung der Konferenz, um nicht in den Verdacht zu kommen, zu Reparationsleistungen verfügbare Summen den Arbeitern zugewendet zu haben und diese Gelder der Auslieferung an Frankreich zu entziehen. Die so geheimnisvolle Wichtigkeit mit den außenpolitischen Gründen hätte schließlich dann einige Wirkung, wenn die Arbeiter in der Lage wären, ohne weitere Lohnzulagen die höheren Preise für den Lebensunterhalt zu zahlen. Weil das einfach unmöglich ist, deshalb können barbarische Einwände lediglich Misträuen unter den Arbeitern hervorzurufen.

Zur Kündigung des Heberschichtenabkommens für den Ruhrbergbau berichtet W.B., daß nur der alte Bergarbeiterverband die Kündigung beschlossen hat, während die übrigen Verbände sich noch nicht mit der Kündigungsfrage beschäftigt hätten.

Der Baugewerksbund.

Der Zusammenschluß der Gewerkschaften nach Industrien hat mit der Gründung des Deutschen Baugewerksbundes einen entscheidenden Schritt getan. Am 1. Januar 1923 haben sich der Deutsche Bauarbeiterverband, der Zentralverband der Töpfer und Fliesenhersteller und der Zentralverband der Glaser zusammenschlossen zum Deutschen Baugewerksbund. Es handelt sich bei diesem Zusammenschluß nicht um eine Verschmelzung, nicht um ein Aufgehen aller Berufsgruppen in einer einheitlichen Organisationsform, sondern um eine enge Zusammenfassung verwandter

Berufe derselben Industrie, unter Wahrung der beruflichen Gruppierung zur Wahrung der besonderen Berufsinteressen. Zwei dieser Organisationen, die der Töpfer und der Bauarbeiter, waren nicht mehr Berufsorganisationen im engeren Sinne des Wortes, sondern umschlossen bereits mehrere Berufe, besonders der Deutsche Bauarbeiterverband. Die neue Organisation bildet zugleich eine wesentliche Erweiterung und engere Gruppierung dieser Zusammenfassung, die das Produkt einer langsamen, aber unaufhaltenden wirtschaftlichen Entwicklung ist.

Auch in anderen Ländern können wir dieselbe Entwicklung beobachten. Selbst im Lande der klassischen Berufsorganisation, in England, hat die Entwicklung zur Industrieorganisation in den letzten Jahren ganz wesentliche Fortschritte gemacht. Was besonders die Bauindustrie betrifft, ist bereits vor etwa zwei Jahren in England die Zusammenschließung aller Berufsgruppen, von den Pfasterern bis zu den Dachdeckern, zu einem Bauergewerksbund erfolgt. Diese Tatsache hat dazu geführt, daß der letzte internationale Bauarbeiterkongress, der im September 1922 in Wien stattfand, beschloß, die Bauarbeiter-Internationale auf alle Berufe der Bauindustrie auszuweihen.

Gleichzeitig erfolgte damals die Gründung des Internationalen Verbandes der Bauigen. Auch diese gleichzeitige Entwicklung ist symptomatisch, weil sie aufzeigt, wie eng verknüpft die Entwicklung der Bauigen mit den Bauarbeitergewerkschaften ist und wie diese wiederum gefördert werden durch die wirtschaftliche Erhebungsarbeit der Bauigen.

Der Deutsche Bauergewerksbund tritt mit einer Mitgliederzahl von mehr als 600 000 ins Leben. Und noch stehen eine Reihe von Berufsorganisationen, darunter der Zentralverband der Zimmerer mit über 100 000 Mitgliedern die stärkste ist, außerhalb des Bauergewerksbundes. Diese beiden Tatsachen zeigen zugleich auf, daß es sich bei der neuen Organisation nicht allein um eine rein zahlenmäßige Aufschwümmung handelt, sondern daß diese auch tatsächlich die alleinige gewerkschaftliche Vertretung der Berufsangehörigen ist, die sich im Bauergewerksbund zusammengeschlossen haben. Was von den dort organisierten Berufen noch außerhalb des Bauergewerksbundes ist, besonders in Groß-Berlin, wo die Kommunisten als berufsmäßige Gewerkschaftsführer unter dem Namen „Verband der Ausgeschlossenen“ ein Organisationsnetz zu etablieren versuchen, das sich nur noch bedeutungslose Organisationsplitter, über die die Entwicklung schrittlos hinwegschreitet.

„Spitzenlöhne über 100 000 Mark“.

Ueber die geschleierten Lohnverhandlungen in der Berliner Metallindustrie weiß die V.S.-Korrespondenz zu berichten, der Verband Berliner Metallindustrieller habe mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage „eine Lohnheraufsetzung in der gewünschten Höhe abgelehnt“. Tatsache ist aber, daß der Verband überhaupt kein Angebot gemacht, sondern die Arbeiter ersucht hat, auf eine Lohnerrhöhung zu verzichten. Was soll demgegenüber die Bemerkung: „Entsprechend den Forderungen der Arbeitnehmer würden die Spitzenlöhne in dieser Industrie über 100 000 Mark — pro Monat betragen“. Ob diese sorgfältige Berechnung von den Berliner Metallindustriellen der V.S.-Korrespondenz als Material überlassen wurde, oder aber von ihr selber angestellt wurde, läßt ihr Bericht nicht deutlich erkennen.

Doch wenn schon 100 000 Mark im Monat als Spitzenlohn. Ob das für Januar reicht, um die bisherige Lebenshaltung zu fristen, ist noch die Frage. Dem Respekt vor den Außen wäre mehr gedient, wenn einstellweise zwei Nullen auf unseren Papiergeldscheinen gestrichen werden könnten.

Das Schlichtergericht im Reichsarbeitsministerium wird am Freitag über die Januarlöhne der Berliner Metallarbeiter beraten.

Kommunistische Kampfesweise.

„Proletens Freunde unterlagen Streikgelder“, überschreibt die „Rote Fahne“ einen der bei ihr üblichen Angriffe gegen die Gewerkschaften in ihrer gestrigen Ausgabe. Der „unbefangene“ Leser, für den diese Aufmachung bestimmt ist, muß der Meinung sein, im Bauarbeiterverband würde mit Streikgebern ebenso umgegangen wie bei dem kommunistisch geleiteten Streik in Ludwigshafen.

Behauptet wird, die Hamburger Steinholzfleger hätten dem dortigen Bezirksverein des Bauarbeiterverbandes 500 Mark zur Unterstützung der in einem wilden Streik befindlichen Berliner Steinholzfleger (vom 3. August bis 9. September) übermittelt und dieses Geld sei den Streikenden nicht ausgefolgt worden. Eine Anfrage an den Hamburger Bezirksverein hätte genügt, darüber Aufschluß zu geben. Doch dann konnte keine Unterschlagung von Streikgebern durch „Proletens Freunde“ aus der Geschichte gemacht werden. So aber wird erklärt, daß die reformistische Gewerkschaftsbureaupolitik in Verfolgung ihrer Burgfriedens- und Arbeitseinkaufspolitik nur keinem Mittel zurückzuführen, um kämpfende Arbeiter zu schädigen“. Um diese Niederträchtigkeit zu unterstreichen, wird der Ausspruch Bebel's zitiert: „Echt Euch eure Führer an!“

Dem Teil der Arbeiterschaft, der noch immer den von den Moskauern eingeführten „Führern“ nachläuft, wäre freilich zu raten, sich diese Führer genauer anzusehen, die die Aufgabe haben, die Gewerkschaften den politischen Plänen Rußlands dienstbar zu machen und deshalb unausgesetzt bemüht sind, die Gewerkschaftsführer zu beschlagnahmen und zu verdrängen, weil diese sich gegen die Trullierung der Gewerkschaften für die Zwecke der Moskauer mit aller Macht wehren.

Am Sonntag wiesen wir nach, daß die „Rote Fahne“ dem „Grundstein“ — dem Organ „Proletens“ — fälschlicherweise ein Zitat in die Schuhe geschoben hat, das lediglich aus einer Schrift Silvio Stellas in dem Artikel eines Mitarbeiters im „Grundstein“ wiedergegeben wurde. Die „Rote Fahne“ entgegnet darauf, indem sie ein anderes Zitat als Stills Meinung produziert, obwohl

es sich nicht um dessen Meinung dreht, sondern um die des „Grundstein“ — „das Organ „Proletens““. Aus dem neuen Zitat geht überdies hervor, daß Stills an eine Kritik der Freigeldtheorie von Gell solange nicht herangehen wollte, ehe sie die „Feuerprobe wissenschaftliche Prüfung“ bestanden habe.

Die Räteregierung in München sucht die „Rote Fahne“ zu einer solchen der S.P.D. zu stampfen. Die Kommunisten hätten sich mit ganzer Energie dagegen gewehrt und sich schließlich nur daran beteiligt, um das Proletariat in der äußersten Gefahr nicht im Stich zu lassen. Dieser Edelmut steht mit der Wahrheitsliebe der Kommunisten auf gleicher Stufe.

Erwerbslosenfürsorge für Bauhandwerker.

In einem Erlass verweist der Minister für Volkswohlfahrt auf ein älteres Schreiben, in dem er darauf hingewiesen hatte, daß erwerbslosen Bauarbeitern gegenüber mäßigste Entgegenkommen bei der Vermittlung von Arbeit und bei der Gewährung von Erwerbslosenunterstützung angebracht sei, damit der erhebliche Mangel an Bauhandwerkern nicht noch vermehrt werde. Da im Hinblick auf die Unsicherheit der weiteren Entwicklung des Baumarktes nicht voranzusehen ist, ob der Mangel an Bauhandwerkern bei Beginn des kommenden Baujahres anhält, so empfiehlt der Minister dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, für den Fall einer Fortsetzung der Baustätigkeit Vorkehrungen zu treffen und arbeitslosen Bauhandwerkern das in dem erwähnten Schreiben empfohlene Entgegenkommen auch weiterhin zu gewähren. Insbesondere empfiehlt der Minister erneut, arbeitslosen Bauhandwerkern während der Frostperiode möglichst nur vorübergehende Beschäftigung zu vermitteln, nicht aber Stellen, aus denen sie erfahrungsgemäß nachher selten in den Bauarbeiterberuf zurückkehren.

Köln, 2. Januar. Durch Haupttarifamtsentscheidung vom 30. Dezember 1922 tritt für Köln in Groß-Berlin eine erneute Lohnzulage von 70 Mark pro Stunde ein. Der neue Lohn ist ab 2. Januar zu zahlen und gilt bis zum 31. Januar, jedoch mit der Maßgabe, daß bei zunehmender Teuerung am 16. Januar bereits eine Neubestimmung eintreten kann.

Verband der Metzler, Filiale Berlin.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin. Sonntag vormittag von 10—12 Uhr findet in den bekannten Abstimmungslokalen über den Schlichterspruch des Bezirkslohnamtes eine Urabstimmung statt. Wir bitten, die Annonce in der Freitag-Organisationsausgabe zu beachten. Der Vereinsvorsitz.

Die Kupferschmiede in Dänemark haben ihren deutschen Kollegen kurz vor dem Weihnachtstfest mit einer Spende für bedürftige Kinder überrascht. Der Zentralvorstand des Verbandes der Kupferschmiede wird nun die Kinder derjenigen Mitglieder bedenken, die im November und Dezember mindestens 14 Tage im Streik, gemahnt, arbeitslos oder krank waren, wie auch ausgetretene Mitglieder. Die Spende der dänischen Kollegen bezeichnet „Der Kupferschmied“ als einen schönen Akt brüderlicher internationaler Solidarität.

Betriebsinstellung einer Straßenbahn. Die Stuttgarter Straßenbahn hat unter Vorbehalt der Mehrheit ihres Personals zum 1. Februar gekündigt, da sie von diesem Zeitpunkt ab den Betrieb nur noch für den Güterverkehr aufrechterhalten will.

Der Gemeindefreierklub in Thüringen ende am 30. Dezember infolge der Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium in Berlin mit einem Erfolg für die angelehrten und unangelehrten Arbeiter. Die Löhne für 1923 werden trotzdem auch jetzt noch als absolut unzulänglich bezeichnet, so daß hier von 294 Streikenden nur 78 für dessen Beendigung stimmten, dagegen 153 für Fortsetzung des Streiks, wofür jedoch keine Zweidrittelmehrheit erreicht wurde.

Die deutschösterreichischen Telefonangestellten haben mit der Regierung eine Vereinbarung getroffen, wonach die von ihnen beklämpfte Dienstverteilung noch um eine Woche hinausgeschoben wird. Mittlerweile wird über eine anderweitige Regelung der Dienstverteilung verhandelt.

Die Hafenarbeiter von Antwerpen haben eine Erhöhung ihres Verdienstes von 2 Franken verlangt, die von den Arbeitgebern nicht bewilligt wurde. Man rechnet daher mit dem Ausbruch eines Streiks.

Deutscher Werkmänner-Verband, Bezirksverein Westfalen. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, Generalkonferenz im neuen Vereinslokal, Restaurant „Berliner Hof“, Walsdorf.

Die Mitglieder der Gesundheitsindustrie, Freitag, abends 7 Uhr im weißen Saal des Reichshofes, Invalidenstr. 126, Versammlung. Mitgliedsbeitrag eines K.V.-Verbandes legitimiert.

Verantwortlich für den Text: Fritz Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: E. Giese, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Schmied“.

DUNLOP

Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Rest- u. Einzelpaar

Unser Angebot umfaßt größtenteils
besonders wertvolle Sorten!

Woche

vom 4. bis 11. Januar

Die billigen Preise
sprechen für sich.

Leiser

Besichtigen
Sie unsere
Schaufenster

Beschwerden

Das unzufriedene Berlin

Vorschläge

Wassergeld und Wasserverbrauch.

Wenn es nicht im Kalender stände und Arbeitsruhe auf einige Tage gesetzlich angeordnet wäre, ich hätte es wahrlich nicht bemerkt, daß Weihnachtstage gewesen sind. Die Festtagsluft ist längst verflüht, sonstige Bekleidungen fehlen gänzlich, und über einen verbotenen Regen brauche ich mich nicht zu beklagen. In dieser Beziehung tausche ich das Los vieler Tausender und aber Tausender, was wohl ein Trost, wenn auch ein schlechter, ist. Doch deswegen greife ich nicht zu Feder, Tinte und Papier, ich habe mich damit abgefunden wie mit so vielem in dieser Zeit der Teuerung, des Wuchers und des unzureichenden Lohnes. Was mir aber nicht in den Kopf will ist, daß ich zu Zahlungen behördlich verpflichtet bin, für die ich keine Gegenleistung erhalte, wo mir doch in meiner Jugendzeit der Grundbesitz eingehämmert wurde: „Jeder Gegenleistung muß eine Leistung vorangehen!“ Doch damit scheint es nun auch, wie mit vielem anderen, vorbei zu sein. Jetzt heißt es: „Nimm von den Lebenden soviel, als du kriegen kannst, denn von den Toten erhältst du doch nichts.“ Doch aber eine Behörde wie der hochwohlwollende Magistrat Berlins ändert Grundbesitz zu eigen macht und danach handelt, das übertrifft doch meine Begriffe. Schon seit länger als einem Jahrzehnt habe ich in einem Vorort Berlins ein Einfamilienhaus erworben. Die Fahrpreise der Vorortbahn steigen von Monat zu Monat, so daß jetzt die billigen Wohnverhältnisse fast ausgeglichen sind. Doch will ich in Anbetracht der teuren Kohlenpreise und sonstigen Materialsteigerungen nicht dagegen murren, obgleich mir es nicht gefällt, daß ich bei dem jetzt gültigen Zonen tarif zwei Drittel der Strecke bezahlen muß, die ich niemals benutze. Zu alledem kommt nun noch der Berliner Magistrat und läßt mir durch einen seiner Boten die Wasserbezugsbedingungen mit einer einliegenden Rechnung für das letzte Vierteljahr überreichen. Wunderken mich schon die Belegmorte: „Heute brauchen Sie nicht zu zahlen, das Geld wird in acht Tagen abgeholt“, so wurde meine Verwunderung noch größer, als ich mir die Rechnung ansah:

Table with 2 columns: Wasserverbrauch, Preis. Rows include 8 Kubikmeter (10 M), Grundbetrag (200 M), and Zusammen (500 M).

Jetzt wurden mir die tröstlichen Worte des Magistrats klar. Der Magistrat wollte die Weihnachtsummung nicht ganz verderben. Er läßt den Wasserbezieher acht Tage Ruhezeit. Beim Durchlesen der Wasserbezugsbedingungen stoße ich auf den Satz, daß jeder Bezahler 15 Kubikmeter Wasser zahlen muß, wenn er auch, wie ich, nur 5 oder gar kein Wasser entnommen hat. Zum Preise von 30 Mark den Kubikmeter muß ich also vierteljährlich 300 Mark zahlen, wofür ich keinerlei Gegenleistung bekomme. Dazu noch den Grundbeitrag, der ebenfalls erhöht wird, sobald der Preis für das Wasser steigt. Mich kostet somit der Kubikmeter Wasser im letzten Vierteljahr 100 Mark oder das 400fache des Friedenspreises. Diese Steigerung, um keinen anderen Grund zu gebrauchen, übersteigt doch alles, was bisher in dieser Beziehung geleistet wurde. Wenn die Behörden gegen Auswucherung des Volkess Vorposten treffen wollen, so dürfen sie doch meines Erachtens dem privaten Wucher nicht so die Wege ebnen, wie es hier geschieht. Ich habe eine leise Hoffnung, daß die Magistratsmitglieder Einsicht haben und nur das verlangen, wozu sie noch allgemeinen Rechtsbegriffen berechtigt sind. Damit glaube ich auch im Namen aller Stadler geschrieben zu haben. H. W., Cöpenick.

Obstwucher?

Aus Händlerkreisen wird uns folgendes geschrieben: „Merkt euch etwas verpölet erlaube ich mir als Abonnet der eurer Zeitung, zurückzuschreiben auf die vor einigen Wochen in Ihrer Zeitung veröffentlichte Gegenüberstellung der Preise von Schokolade gegen Obst — wenn ich nicht irre, speziell Äpfel. Trotz dieser berechtigten Feststellung veröffentlichte das Reichswirtschaftsministerium eine Notiz, daß gegen die sogenannte unehrliche Ausbeutung im Obsthandel mit schärfsten Mitteln eingeschritten werden soll. Ich achte sehr zu, daß die Obsternste in diesem Jahre in Teilen Deutschlands ziemlich groß war. Dementsprechend sind auch die Preise dieser niedergehalten und nicht annähernd der Marktlage wertungen gestiegen. Nach meiner vierteljährigen Beobachtung lauft das Publikum in der Regel nur die Ware, die in der Hauffe begriffen ist. Zur Zeit der Ernte hat man gewöhn-

lich niedrigere Preise als später, wo durch Schwund, Verderb und dergl. die Preise naturgemäß erheblich höher sind und sich mit fortschreitender Saison immer weiter nach oben entwickeln müssen, da Einfuhr wegen der Höhe der Auslandsdevisen nicht in Betracht kommt. Ueberhaupt beobachte ich, daß selten der Händler Ware zurückhält, auch gar nicht zurückhalten kann, weil ja Obst viel zu leicht verderblich ist. Gerade in der Verwendung von Obst ist das Publikum so indifferent, daß man z. B. in diesem Jahre allerdings halb- und dreiviertel reife Pfäumen teilweise mit 2 Mark bis 2,20 Mark das Pfund an die Karmeladenfabriken abzugeben gezwungen war, weil das Publikum im Kauf versagte. Erst als die Ware infolge dieser niedrig gehaltenen Preise stieg, griff man zu und trieb natürlich dadurch die Preise wieder höher, allerdings nur für kurze Zeit, wie das beim Obst besonders während der Ernte üblich ist. Hinsichtlich der schon oben erwähnten Notiz des Reichswirtschaftsministeriums möchte ich nicht verfehlen zu sagen, daß das Reichswirtschaftsministerium vielleicht richtiger gehandelt hätte, wenn es anerkannt hätte, daß die Preise für Obst bisher erheblich unter dem Wert des Geldes geblieben sind (die Äpfel sind bekanntlich noch viel weiter hinter dem Wert des Geldes zurückgeblieben. D. A.) und daß Obst das billigste Lebensmittel ist, das wir augenblicklich haben. Ähnlich wie mit Obst ist es augenblicklich mit Gemüse. Weil Rot-, Weiß- und Wirsingbohnen knapp und teuer ist, wird er begehrt, selbst die in der Kriegszeit so sehr vermischten Kohlrüben. Diese sind z. B. nennenswert teurer als Mohrrüben, die anscheinend wegen ihrer Billigkeit von selten des Publikums nicht besonders begehrt sind! Ich würde mich freuen, wenn Vorliegendes zur Aufklärung und zum Nutzen des Publikums dienen würde.“ E. S.

Warum doppeltes Steuerrecht?

Sind wir Lohnempfänger schon in der nicht beneidenswerten Lage, unsere Steuern sofort zahlen zu müssen, während die Kapitalisten sie später mit bedeutend schlechterem Gelde zahlen, so wird dieses Unrecht noch doppelte schwer, wenn man für im Haushalt hinzukommende Personen erst am Jahresende bzw. Anfang des kommenden Jahres die Steuerermäßigungen beantragen kann. Bei der Geldbewertung trifft das Kuriosum ein, daß man für den Wert von einem Paar Schuhe nur noch den Wert von zwei Schnürsenkeln zurückbekommt. Am 10. Oktober 1922 war der Arbeitstag für die Hauslisten betr. Ausstellung der Steuerbücher für 1923. Meine Tochter wurde aber erst am 18. Oktober 1922 geboren und wurde deshalb nicht auf der Steuerliste vermerkt. Das Finanzamt reutlos, das für mich zuständig ist, ist an Hand des Gesetzes, wie mir dort erklärt wurde und was auch der Fall ist, nicht in der Lage, mir für 1923 die Steuerermäßigung für das Kind zu gewähren. Habe ich schon für 1922 zwei Steuern bezahlt, weil die Ermäßigung für meine Frau (im Juni heiratete ich) nicht berücksichtigt wurde, so wird jetzt auch das Kind bei der Steuerzahlung nicht berücksichtigt. Ich kam ja zu begreifen, daß solche Veränderungen im Laufe des Jahres einige Schwierigkeiten machen, aber für das neue Jahr müßte eine andere Regelung getroffen werden, um doppeltes Steuerrecht zu vermeiden. Ich zahle nach den neuen Ermäßigungsätzen pro Monat 1000 Mark oder jährlich 12000 Mark zuzüglich an Steuern. Wenn auf der einen Seite über Rückgang der Geburtenziffer geklagt wird, sollte man am anderen Ende Familienvätern nicht doppelte Lasten aufbürden. Es wäre angebracht, das Lohnsteuerrecht so zu ändern, um die geschädigten Härten zu verhüten. B. P.

Das Kohlenamt deckt unreelle Händler.

Im Beiblatt Ihrer geschätzten Zeitung vom 23. v. M. veröffentlichte Sie auf der ersten Seite eine mit der Aufschrift „Das Kohlenamt Berlin deckt unreelle Händler“ versehenen Zuschrift, in welcher behauptet wird, daß der Einfuhrer von seinem Kohlenhändler mit Kohlen beliefert worden sei und daß an den angeblich gelieferten 5 Zentnern 90 Pfund gefehlt hätten. Auch die weiteren Versicherungen hätten nie gestimmt, da immer 6 bis 12 Pfund am Zentner fehlten. Selbstverständlich hat die überaus hohe Mehrzahl der Kohlenhändler Berlins das allergrößte Interesse daran, jede unreelle Handlungsweise zu unterbinden. Die Arbeitgemeinschaft ist besonders dazu berufen, alle ihr zur Kenntnis gebrachten derartigen Fälle der Bestrafung zuzuführen, sei es durch das ordentliche Gericht, sei es durch das Schlichtungsgericht der Arbeitgemeinschaft. Sie würden uns zu besonderem Dank verpflichtet, wenn Sie den Einfuhrer der in Rede stehenden Notiz veranlassen würden, uns den Namen und die Adresse des betreffenden Kohlenhändlers anzugeben, damit wir ein Verfahren gegen ihn einleiten können. Arbeitgemeinschaft des Berliner Beiblatt Handels.

Wachdruck verboten. Der Volk-Verlag, Berlin.

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

1. Die Form wird gegossen.

Die Kompagnie stand stramm. Fuselli biß sich auf die Lippen vor Ungebuld. Die Minuten vergingen schleppend. Endlich, als ob es ihm leid tue, grüßte der Sergeant: „Kompagnie! ... abtreten!“ Fuselli eilte zum Tor und schwang seine Schritte in prächtender Bewegung. Schon war er auf dem Asphalt der Straße; er sah die lange Reihe der gepflanzten Rosen und Terrassen hinunter; violette Vögelchen, die von ihren eisernen Sitelen herunter blickt über den kürzlich gepflanzten Bäumen der Straße hingen, durchströmten schon mit ihrem Licht die schwache Dämmerung. Er stand an der Ecke, schwerfällig gegen einen Telegraphenmast gelehnt, der an der Bretterwand des Feldlagers, von drei großen Strängen elektrischer Drahtes durchzogen, aufgerichtet war; er fragte sich, welchen Weg er einschlagen solle. Diese Stadt war die Hölle, und er hatte früher gedacht, daß er herumreisen und die Welt sehen werde. — Nach dieser Beschichte wird es zu Hause gut genug sein, murmelte er; dann ging er die lange Straße nach dem Zentrum der Stadt hinunter, wo das Kino war. Er dachte an seine Heimat, an die dunkle Wohnung in der ersten Etage eines siebenstöckigen Hauses, wo seine Tante lebte. „Im, die Tochter sein,“ brummte er voll Bedauern. An einem warmen Abend wie diesem, da mußte man sich an der Ecke aufhalten, wo die Drogerie war, mit Leuten, die man kannte, schwachen, die Mädels anrufen, die Arm in Arm zu großen oder dreien vorüber gingen und taten, als wären sie nicht die Blöde, die ihnen folgten. Oder noch besser: mit Al ausgehen, der in irgendeinem optischen Geschäft arbeitete, durch die lichterfarbenen Straßen des Theater- und Kaffeeviertels oder an den Werften und Fährbooten entlang, sich dort nieder-

Die Probe aufs Exempel.

Als das „große Stohbad“ keine mörderischen Wellen warf, malte man wunderschöne Bilder vom Fortschritt auf allen Gebieten, von kaum zu begreifenden Erfindungen, chemischen Prozessen und physikalischen Wundern an die Wandtafel, von der sich täglich immer stärkere Ströme von Blut auf uns herabergossen. Man sah vor sich das Land der Verheißung, man konnte es beinahe greifen, so plausibel klang das, was an Triumpfen des Menschengeschlechtes vor uns entrollt wurde. Und jetzt, wo eine mit dem Glanz des materiellen Daseins wühlend kämpfende Menge dieses verheißene Zukunftsland in Besitz nehmen will, zerrinnt es wie eine Faia Morgana, bleiben die einst so beredeten Wunder stumm und erinnern sich nicht mehr, was alles sie prophezeit hatten. Da sollte der Wald das Gewand des Menschen bieten, der Strohalm das Wehl liefern, die schwarze Kohle sich in weißen Zucker wandeln, da wurde die Sandale und der Holzschuh als „salonfähig“ angepriesen, da gab es Rezepte für fettloses Baden und den Imperativ „Koch ohne Gas“, da sprossen wie Pilze nach dem Regen Surrogate an allen Ecken und Enden empor — Er sah, ganzer, halber, dreiviertel Er sah — nun ja, er war meist auch danach. Und jetzt diese Grabesfülle in einer Zeit, da Unterernährung und Unbeketheit das Wert der Vernichtung fortsetzt, das der Krieg so grausam begonnen. Nur der Dollar-Kursrufer unterbricht die lastende Stille, heute 7000, morgen 8000, übermorgen 10 000 usw. usw. Und der Mann, der dich leidet, dir die Nahrung verkauft, dich belehrt oder amüsiert, schießt auf seiner Preisstala den Zeiger vergnüglih um die entsprechende Spanne höher: er weiß, du wirst trotzdem kommen, denn du mußt kommen. Du hast nun aber den Eigenwillen, nicht zu kommen. Und du erinnerst dich jener Kriegszeitansagen, die alle Tage etwas Neues offenbarten, und sei es auch nur die Verarbeitung des schwierigen Sektars zu einer süßen Speise. Da, wo sind sie, diese Wunder der Natur und des Wissens? Wäre es dir nicht lieb, jetzt in einen aus Holz heraufbesessenen Anzug zu schlüpfen, der nur so viele hundert Mark kostet, wie der echte Stoffanzug tausend? Oder, wenn das Holzgewebe in diesem Regenjahr nicht wasserdicht genug sein sollte — wo bleibt der allgemeine Normal-Sackstoffanzug, mit dem einst die Genis von New York wie nicht minder die Kavaliere von Florenz paradierten. Schlechter als dein dreimal gewendetes Wams kann ein solcher quasi „Strafungsanzug“ auch nicht sein. Aber kein Heldentum merdet Namen und Adressen des Fabrikanten, und leufzend hoffst du die fast leere Lintenschafte hervor (kleinstes Quantum jetzt 50 M. wert!), um dir, falls du Stehstragenprofessor bist, durch Aufstopfen der fadencheinigen Stellen des schwarzen Gut wieder ein respektables Air zu verschaffen. Und wenn der Regen ähnliche Forderungen stellt wie der Körper als Ganzes — wo findest du die Quelle, wo guter Erseh für das unrettbar Teure geboten wird. Vom Pferdefleisch selbst ist es still geworden, und kein gewissenhafter Feinstoffhändler braucht mehr einen Kampf mit sich auszusechten, wie damals, als er für das Hottehl die Bezeichnung „Kontierfleisch“ an die Preistafel schrieb. Nein, heute strotzen die Läden von echten Dingen, von Delikatessen, nur die Preise sind fasz: sie auf ihre Verheißung einer Prüfung zu unterziehen, scheint aber an Hochverrat zu grenzen. Doch zurück zu den Erfindungen, Verbesserungen, Umwälzungen usw. Was ist davon geliebet? So wenig, daß man es mit bloßen Augen fast gar nicht sieht. Vielleicht ein Expulver-Ersatz und ein deutscher Tee. Wohl bekomm's! Wo, wie ist es mit der Probe aufs Exempel, ihr Weisen? Der Frachtenwahnfinn. Wenn Obst und Gemüse 20—40 M. Fracht das Pfund kosten, so tritt der Einfluß der Frachtpreise noch viel krasser beim Wild und Geilgagel hervor, die feineren Frachtermäßigungen genießen. Aus einem Elfratbrief aus dem Kreise Gerbau an eine Wildgroßhandlung in der Berliner Fernalmatthalle vom 27. Dezember 1922 geht hervor, daß zwei Rebe im Rohgewicht von zusammen 81 Pfund nicht weniger als 10088 M. Fracht kosten, demnach kostet das Pfund Rohgewicht nicht weniger als 123 M. Fracht, umgerechnet auf das Nettogewicht beim Verloof an die Verbraucher über 170 M. allein an Fracht! Nicht zu vergessen, daß dieser Frachtpreis noch für Dezember gilt und für Januar weitere gewaltige Frachterhöhungen in Aussicht stehen, so daß im allgemeinen für Wild und Geilgagel mit 200 M. bis 300 M. allein an Fracht für das Pfund Fleisch im Januar zu rechnen sein wird. glänzenden jüdischen Nase. „Ich arbeitete dort in der Konfektion. Eigentlich sollte ich überhaupt nicht eingezogen werden, das ist eine Schande. Ich bin lungentant.“ Er stieß die Worte mit seiner schwachen, kreischigen Stimme heraus. „Die werden dich schon in Ordnung bringen, hab nur keine Sorge.“ sagte der große junge Mann. „Die werden dich so verdammt gesund machen, daß du dich selbst nicht mehr erkennst. Deine eigene Mutter würde dich nicht erkennen, wenn du nach Hause kommst. Uebrigens hast du Glück.“ „Wie?“ „Du kommst von New York. Der Korporal, Timm Sides, kommt auch von dort her, und alle Leute aus New York haben es gut bei ihm.“ „Was für Zigaretten rauchst du?“ fragte Fuselli. „Ich rauche nicht.“ „Dann wirst du's lernen müssen. Der Korporal liebt von Zeit zu Zeit eine nette Zigarette, und der Sergeant auch. Man muß ihnen ab und zu einige in die Tasche rutschen lassen. „Lauft nichts,“ sagte Fuselli, „man muß Schwein haben. Sorge dafür, daß du anständig aussiehst und immer lachst. Dann ist alles in Ordnung. Und wenn sie anfragen, auf dir rumzureiten, laß dir nichts gefallen. Man muß in dieser Armees hartgegoten sein, um vorwärts zu kommen.“ „Das ist verdammt richtig,“ sagte der große junge Mann, „laß sie nicht auf dir rumreiten. . . Wie ist dein Name?“ „Fuselli.“ „Dieser Mann heißt Bowers — Bill Bowers, ich Fuselli. Gehst du ins Kino, Eisenstein?“ „Nein, ich suche mir was Weibliches.“ Der kleine Mann blinzelte matt. „Bin froh, Anshin gesund zu haben.“ „Gottverdammter Jude,“ sagte Bowers, als Eisenstein durch eine Seitenstraße abging, die wie die Hauptstraße mit jungen Bäumen bepflanzt war, von denen trankle Blätter herabhingen. — Der schwache Hauch des Windes, der herüberkam, roch nach Industrie und Kohlenstaub. „Juden sind nicht immer so schlimm,“ sagte Fuselli. „Ich habe einen ganz guten Freund, der auch einer ist.“ (Fortsetzung folgt.)

Die stillgelegten Markthallen.

Die Mittelständler machen gegen die Bevölkerung mobil.

Auch am gestrigen Nachmittag ist in dem Streit der Großhändler in der Berliner Zentralmarkthalle keine Veränderung eingetreten. Es scheint, daß die Händler — koste es, was es wolle — es auf eine Kräftprobe ankommen lassen wollen. Berlins notleidende Bevölkerung ist sicher noch nicht genug geprüft, jetzt will man es mit dem Aushungern versuchen, jedenfalls soll unter schärfstem Druck an Zugeständnissen herausgepreßt werden, was sich irgendwie herauspressen läßt. Ein wahrhaft edles Beginnen der, wie jeder Mann weiß, aufs äußerste „darbenden“ Großhändlerschaft. — Im übrigen hat sich die Lage in den Markthallen insofern verschlechtert, als auch die meisten kleinen Standinhaber ihre Betriebe geschlossen haben. Eine weitere Verschärfung scheint von Seiten der Mittelständler zu drohen, die sich die Gelegenheit natürlich nicht entgehen lassen wollen. Das Mittelstandsartikell hat in einer Vorkommenschaft eine Entschärfung angemannt, in der es den Standinhabern seine größte Sympathie ausdrückt und von allen Mittelständlern vollste Solidarität erwartet. Der Vorstand des Kartells wurde beauftragt, sofort mit den Parteien in Verbindung zu treten und Verhandlungen zwischen Magistrat und Standinhabern einzuleiten. Wie eine Korrespondenz erfahren haben wir, wäre für den Fall, daß der Magistrat nicht nachgibt, „mit einer Unterfertigung des Mittelstandsartikels zu rechnen.“ Es wird also in größter Unversöhnlichkeit alles mobil gemacht, um der Bevölkerung nur ja zu zeigen, daß man sie an der Hungerstippe hat.

Von einer Bedrohung der Ernährungslage Berlins kann natürlich im Augenblick nicht die Rede sein. Der Magistrat hat dem Verband der Großlieferanten für Lebensmittel 50 Millionen Mark zur schnellen Belieferung der offenen Geschäfte überwiesen, was sich der Reichsverband der Obst- und Gemüsehändler sofort zunutze gemacht hat, indem außerhalb Berlins größere Lieferungen nach Berlin getätigt wurden. Im Polizeipräsidium haben Verhandlungen stattgefunden, die, wie die mit den Gewerkschaften, dazu geführt haben, daß der Zustand keine größere Ausdehnung anzunehmen droht. Es haben sich, wie von anderer Seite gemeldet wird, bereits neue Bewerber um freierwerdende Stände gemeldet, deren Zahl sich natürlich bald erheblich vermehren dürfte. Für den ausgiebigsten Schutz dieser neuen Standinhaber, die zweifellos ein umfangreiches Geschäft machen würden, ist schon gesorgt. Die Nachricht, daß der Magistrat eine Verdoppelung des jetzigen Standgeldes beschlossen habe, ist unzutreffend, obgleich der Fehlbetrag der städtischen Markthallenverwaltung bereits auf 20 Millionen Mark gestiegen ist.

Wie wir erfahren, finden bereits am heutigen Donnerstag mittig bei Deberregierungsrat Weiß im Polizeipräsidium die ersten Verhandlungen im Streit der Markthallenstandinhaber statt, an denen neben den Vertretern des Magistrats und der Händler auch Polizeipräsident Richter teilnehmen soll.

Wer ist die Stütze?

Einzelheiten vom Raubüberfall in Steglitz.

Der in dem gestrigen Abendblatt des „Vorwärts“ mitgeteilte Raubmordversuch an der Frau Cäcilie Puppe, der Witwe eines bayerischen Offiziers, in der Sebanstr. 9 in Steglitz stellt sich als ein ganz gefährlicher Ueberfall dar, wobei die Ueberfallene auf das schwerste verletzt worden ist und um ein Haar ums Leben gekommen wäre. Immerhin ist der Zustand der Frau Puppe äußerst besorgnis-erregend.

Frau Puppe beschäftigte sich mit wissenschaftlichen Arbeiten und suchte, da sie sich einmal in ihrer großen Vierzimmerwohnung einsam fühlte, eine Stütze. Auf eine Annonce im „Steglitzer Anzeiger“ meldete sich ein 25-jähriges junges Mädchen, das sich Martha nennt und aus Götting kommen wollte. Sie zeigte ein bescheidenes Verhalten und machte einen durchaus zuverlässigen Eindruck, so daß die alte Dame sie anstellte. Nach dem Abendbrot zog sich Frau P. in ihr Zimmer zurück, während die Stütze noch ausblieb, um zu arbeiten. Gegen 3 Uhr nachts erwachte Frau P. durch heftige Schläge auf den Kopf. Sie konnte nichts sehen, da eine Decke über ihren Kopf gezogen und ihre Hände gebunden waren. Es gelang ihr aber, sich von der Kopffesselung und einer Ankegelung lösen zu befreien. Während sie noch halb bewußt dalag, kam jemand heran, nahm die Betten von ihr weg und verließ durch Drehen und Brechen am Handgelenk festzustellen, ob sie tot oder nur bewußtlos sei. Die Ueberfallene fürchtete, sofort getötet zu werden, wenn sie sich rührte, nahm alle ihre Kraft zusammen und stellte sich tot. Nur diese Geistesgegenwart rettete sie. Man ließ sie für tot liegen, warf die Betten wieder über sie und machte sich nur daran, die Schränke zu öffnen und ihres Inhalts an Silber- und anderen Wertgegenständen zu berauben. Wie die Ueberfallene zu hören glaubte, wurde alles in einen Sack gepackt. Sie blieb starr und regungslos im Bette liegen, bis alles vollständig ruhig geworden war. Dann erst raffte sie sich mühsam auf, schleifte sich an die Eingangstür, die sie offen fand, und rief um Hilfe. Die Familie unter ihr hörte sie und benachrichtigte sofort die Polizei. Die Kriminalpolizei des Polizeiamts Steglitz erschien eils und konnte die Ueberfallene vernehmen. Frau Puppe weiß nicht, wie die verschwundene Stütze heißt. Der Chef der Berliner Kriminalpolizei entsandte auf die Nachricht von dem neuen Verbrechen Kriminalkommissar Gennat an den Totort und setzte für die Ermittlung der Stütze und ihres Anhangs eine Belohnung von 10 000 Mark aus.

In einem zweiten Lokaltermin wurden noch einige Zeugen vernommen, u. a. auch ein junges Mädchen, an die Frau Puppe ein Hinterzimmer vermietet hat. Dieses hat von dem ganzen Vorgang nichts gemerkt. Geraubt wurden hauptsächlich Wäschestücke und einige Silbergegenstände. Die Verletzungen der Frau Puppe sind ziemlich erheblich. Mittelungen nehmen Kriminalkommissar Gennat im Zimmer 104 des Berliner Polizeipräsidiums, Hausanruf 119 und 428, und Kriminalkommissar Hasenjaeger beim Polizeiamt Steglitz entgegen.

Zum Vorkommenden der Potsdamer Reichsbahnpolizeikammer, als Nachfolger des bisherigen Vorkommenden Landgerichtspräsidenten Wimmer, ist Landgerichtsdirektor Heller ernannt worden.

Wie Säure und Stärke zu Honig wird.

Milde gerichtliche Beurteilung einer Lebensmittelgefälschung.

Daß die Hausfrauen bei den Einkäufen auf den Märkten sich einer besonderen Vorsicht befleißigen müssen, insbesondere wenn es sich um besonders billige Angebote handelt, zeigte ein Fall, welcher gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte.

Wegen wissentlicher Nahrungsmittelgefälschung war der Kaufmann Albert Rinia aus Köpenick angeklagt. Der Angeklagte betreibt seit längerer Zeit einen Handel mit Honig, den er aus der Lüneburger Heide und aus anderen honigproduzierenden Gegenden bezog. Den Zeitkäufen entsprechend, wurde natürlich aus dem reinen deutschen Honig allmählich ausländischer Honig, und, da auch die hiermit verknüpften Preissteigerungen noch nicht ausreichten, kam er schließlich auf den Gedanken, den Honig zu verfälschen. Ein hierzu geeignetes Mittel fand er in dem sogenannten Capillarsirup, einem durch Eintrag von Schwefelsäure zu Kartoffelstärke entstandenen Produkt. Dieser „garantiert echte Bienehonig“ wurde von dem Angeklagten an verschiedene Händler geliefert, welche die gefälschte Ware auf den Wochenmärkten zu einem etwas billigeren Preise verkauften und reichenden Absatz fanden. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß bei den heutigen enormen Preisen die Lebensmittelgefälschungen eine besonders schwere Strafe verdienen, eine Gefängnisstrafe von — 2 Wochen und 30 000 M. Geldstrafe. Von R. M. Bent wurde darauf hingewiesen, daß der Angeklagte zur Verfälschung nur einen allgemein im Handel befindlichen Kunsthonig benutzt habe, ein Verfahren, welches keine so schwere Sühne verdiene, da es sich nicht um ein gesundheitsschädliches Verfälschungsmittel (?) gehandelt habe. Das Gericht sah die Sache auch mitler an und verurteilte den Angeklagten wegen Nahrungsmittelgefälschung zu 50 000 M. Geldstrafe. Da 50 000 M. heute nicht mehr sind als im Frieden 30 M., so wird es dem Händler nicht sonderlich schwer fallen, diese „Strafe“ anzutreten.

Herrn Kantes Verhandlungsfähigkeit.

In der Nachmittagsverhandlung erschien Kante, in die Dedek eingewickelt, auf einer Bahre liegend, im Gerichtssaal, und erklärte dem Vorsitzenden, daß er den Gerichtshof für alles verantwortlich machen werde, drehte sich dann zur Seite und tat, als wenn ihm die ganze Sache nichts anginge. R. M. Bahn wies darauf hin, daß zwei Gutachter, Professor Strauch und Dr. Bürger, sich für Verhandlungsunfähigkeit ausgesprochen hätten, und zwei Gutachter, Professor Jungmann und Geheimrat Hoffmann für Verhandlungsfähigkeit. Die Sache könne doch nicht so behandelt werden wie beim „Knobeln“. Er beantrage deshalb, ein Obergutachten des gerichtsarztlichen Ausschusses der medizinischen Fakultät an der Universität Berlin einzufordern. Der Vorsitzende erwiderte, daß auf diesen Antrag noch eingegangen werde. Hierauf wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt. Der Kontursverwalter Wunderlich äußerte sich des Klägers über die Frage des Konkursverfahrens. Die Verhandlung wurde schließlich abgebrochen und auf Donnerstag verlagert.

Enteignung zurückgehaltener Kohle.

Die Staatsanwaltschaften gehen neuerdings wieder mit größter Schärfe gegen solche Kohlenhändler vor, die Kohlen in versteckten Lagern zurückhalten, um dann später wucherische Gewinne einzuharsten. So war gegen den Kohlenhändler Mann in der Regensburger Straße 30 von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden, weil zahllose Beschwerden darüber eingelaufen waren, daß der Händler seine Kundenschaft nicht in vorchriftsmäßiger Weise belieferte. Ueberwachungsbeamte des Magistrats stellten dabei Nachforschungen an, und es gelang ihnen, ein geheimes Kohlenlager zu entdecken, das der Händler in einem in der Nähe seines Geschäftes gelegenen Keller eingerichtet hatte. Die Staatsanwaltschaft verfügte daraufhin die Beschlagnahme dieser Brennmaterialien, und so wurden gestern abend 500 Zentner Breiheits, die einen Wert von über 1 Million Mark repräsentieren, beschlagnahmt und auf Lastautos fortgeschafft. Die Kohle wird auf Anordnung der Staatsanwaltschaft verkauft und der Betrag von der Staatskasse eingezogen, da es sich hier um Ware handelte, die der Händler entgegen allen Bestimmungen seinen Kunden entzogen und verheimlicht hatte. Von der gleichen Staatsanwaltschaft ist auch gegen den Kohlenhändler Seidler in der Marburger Straße ein Verfahren wegen Zurückhaltung von Hausbrand eingeleitet worden.

Wahrscheinlich eine Frachtermäßigung für Kartoffeln?

Die andauernde und starke Erhöhung der Frachtsätze hat, wie bekannt, dazu geführt, daß gewisse leichtverderbliche Lebensmittel, wie Gemüse usw. nicht mehr mit der Eisenbahn verhandelt werden, weil die Frachtsätze um das Vielfache höher sind als die Erzeugerpreise. Besonders arg hat die Frachterhöhung in den letzten Wochen auf die Kartoffelpreise gewirkt und wiederholt ist von Produzenten ebenso wie von den Verbrauchern die Forderung auf Ermäßigung der Frachtsätze für die der Volksernährung so wichtigen Hadfrüchte erhoben worden. Durch einen Erlass des Reichsverkehrsministers war die geringe Frachtermäßigung, die bisher Kartoffeltransporte genossen, aufgehoben worden, und infolgedessen haben jetzt Verpächtern zwischen den zuständigen Departementen im Verkehrsministerium und Vertretern des Kartoffelgroßhandels stattgefunden, um eine Frachtermäßigung zu erwirken. Den Händlern wurde dabei mitgeteilt, daß der Minister bei Kartoffeltransporten der Bevölkerung entgegenzukommen wünsche und daß wahrscheinlich eine nicht unwesentliche Ermäßigung der Frachtsätze bei derartigen Transporten in Kraft treten werde.

Auf den Spuren eines Mörders. Wie noch erinnerlich, wurde am 20. Dezember v. J. die 27jährige Frau Minna Hertel im Hause Brangelstraße 27 ermordet. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß der Mörder in der Person des Arbeiters Peter Eibers, geboren am 5. Oktober 1896 zu Cöckel im Kreise Welfenkirchen, zu suchen ist. Eibers ist etwa 1,75 Meter groß und schlank; er hat ein schmales, blaßes Gesicht und dunkles Haar. Auffällig ist eine große Narbe hinter dem linken Ohr und sein hinkender Gang. Angeblich ist Eibers Kriegsbeschädigter. Wahrscheinlich hat er jetzt wieder irgendeine Krankheit simuliert und in einer Heilanstalt Aufnahme gefunden. Wie bestimmt angenommen werden muß, hält er sich zurzeit im Rheinland

oder in Westfalen auf. Auf seine Ergreifung sind 10 000 M. Belohnung ausgesetzt.

Reiche Beute machten Einbrecher in Dahlem in der Villa eines Rechtsanwaltes, wo ihnen außer vielem Silber und Kristall zwölf wertvolle Teppiche in die Hände fielen. Der Beschädigte verspricht für die Wiederherbeischaffung laut Säulenanschlag eine halbe Million Mark Belohnung.

Den Rokocho der Taschendiebe brachte die Neujahrsnacht. Nach den bisherigen Anzeigen bei der Kriminalpolizei erbeuteten die Spezialisten, die sich rudelweise in Berlin aufhalten, in dieser einzigen Nacht, abgesehen von anderer Beute, allein 57 wertvolle goldene Taschenuhren.

Empfindliche Strafen für Diebe von Regenwasserrohren. Die Strafkammer des Landgerichts I verurteilte drei Männer, die systematisch Regenwasser-Ableitungsröhren von den Rietschülfern gestohlen hatten, zu 12 bzw. 8 bzw. 6 Monaten Gefängnis.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Die Bibliothek des Bezirksbildungsausschusses Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr., Zimmer 3, ist Dienstag und Donnerstag von 5 bis 8 Uhr geöffnet. Der Preis der Zeitschriften beträgt vierteljährlich 10 M. — Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 3½ Uhr, in der Philharmonie, Bernburger Straße, viertes Festkonzert „Russische Musik“, 2. Serie, rote Karten. — Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 3½ Uhr, in der Philharmonie „Russische Musik“, 1. Serie, gelbe Karten. Für beide Konzerte wird ein Zuschlag von 60 M. pro Karte erhoben. Einzelkarten zum Preise von 120 M. pro Stück sind im Bureau des Bezirksbildungsausschusses Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Treppen, Zimmer 3, und an der Kasse zu haben.

Festnahme des Museumseinbrechers?

Am Sonnabend vor Neujahr wurde in Dresden ein junger Mann festgenommen, der im Dresdner Stadtmuseum die beiden Trauringe des Dichters Otto Ludwig und seiner Frau sowie eine Otto Ludwig gewidmete silberne Ehrentafel gestohlen hatte. Man vermutet, daß der Dieb, der sich als Schauspieler Schrent aus Königsberg legitimiert, auch der Einbrecher ist, der seit einiger Zeit die Museen in Berlin, Hamburg, Hannover, Erfurt und Weimar begangen hat.

Starke Grippeepidemie in Dresden. Fast täglich fordert die Grippe ihre Opfer. Auch die besonders gefährliche Gehirngrippe tritt häufig auf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Stadtverordnetenfraktion.

Die nächste Fraktions Sitzung findet heute, Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Zimmer 109, statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend notwendig. Die Sitzung des Fraktionsvorstandes findet um 4 Uhr statt. Der Fraktionsvorstand.

Die nächste Sitzung des Bezirksvorstandes findet Sonnabend, den 6. Januar, abends 6 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt. Erscheinen aller zur Teilnahme Berechtigten ist erforderlich. Bezirkssekretariat.

3. Kreis. Wetting. Freitag, den 3. Januar, pünktlich 7 Uhr, Sitzung des erweiterten Vorstandes im Ledigenheim, Schönholzerstr. 1, Zimmer 13.

Heute, Donnerstag, den 4. Januar:

81. Abt. Friedenau. 7½ Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Ulbrich, Handwerkerstraße 26. Jungesallianz. Gruppe Eden. 7½ Uhr im Jugendheim, Bäckerstraße 64. Vortrag von Dr. Gernberg über „Sozial und Wissenschaft“. Gruppe Treibitzsch. Bunter Abend bei Hagemann, Bernsdorfer Str. 3.

Morgen, Freitag, den 5. Januar:

2. Abt. (Stabsbezirk 129 bis 144.) 7½ Uhr Sitzung der Bezirksleiter, Bezirksvertrauensleute und Ortsbeiräte im Lokal Krüger, Engelauer Str. Ausgabe der Karten zum Winterfest. Bezirksführerbücher sind mitzubringen. 5. Abt. 7½ Uhr Sitzung der Bezirksleiter bei Seidler, Georgenkirchstr. 36. 6. Abt. 7½ Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Dobroschaw, Schweinländer Straße 11. 26. Abt. 7 Uhr im Konferenzzimmer der Schule Petersburger Str. 4, Jungesallianz betr. Vorstandswahl. 78. Abt. Schönberg. 7 Uhr Vorstandssitzung im Klassenzimmer 14 der Gemeindefschule Feuerstraße 37. Abends um 8 Uhr erweiterte Vorstandssitzung. 39. Abt. 7½ Uhr Funktionärskonferenz in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstraße 2. Die Bezirksleiter rechnen ab. 114. Abt. Hakenberg. 7½ Uhr Vorstands- und Funktionärsitzung bei Schwarz, Gohrisch-Str. 17. 128. bis 130. Abt. Vanlow und Feinersdorf. 7½ Uhr Abteilungsverhandlung und Funktionärsversammlung im Jugendheim, Breite Straße 22. Die Gruppenführer und Unterabteilungsleiter werden dringend ersucht, die Einladungsarten und Kompensationsstellen (sofern in dieser Sitzung abzurechnen. Nichtverkaufte Karten und letzte Listen müssen zurückgegeben werden. Jungesallianz. 6 Uhr Redaktionskommission. — Gruppe Schönberg-Friedenau. 8 Uhr im Jugendheim, Feuerstr. 36, Winterabendversammlung und Disziplinsabend.

Neulissa. 11. Abt. Leitung, Bezirksleiter! Bis spätestens Sonnabend Abrechnung der Bogen, Werrastraße 20. Sämtliches Material mitbringen. — 16. Abt. Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 19 Uhr, Besuch des Gymnasiums in Baumhulshagen. Treffpunkt 8½ Uhr bei Grieger, Reisinger, 48e Reisinger. Karten dort erhältlich. Jungesallianz. Sonnabend 4 Uhr im Pandhof, Prinz-Albrecht-Straße, Zimmer 26, Arbeitsausführung.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Donnerstag, den 4. Januar:

Baumhulshagenweg, Jugendheim Grünstr. 16. — Friedenau. Jugendheim Gemeindefschule Dissenbacher Str. 2a. — Niederschönweide. Jugendheim Gemeindefschule Berliner Straße. — Neulissa 1. Jugendheim Wandener Str. 32. — Rosenfelder Vorstadt. Jugendheim Gemeindefschule Grünstr. 25a. Disziplinsabend: „Unsere Aufgaben als proletarische Jugendbewegung“. — Schwefelstr. Jugendheim Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Treppen links, Disziplinsabend: „Arbeiterjugend und Republik“.

Wichtig. Abteilungsversammlungen! Die angezeigten Abteilungsversammlungen sind für Sonnabend, den 6. Januar 1923, findet erst am Sonnabend, den 12. Januar, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt.

Briefkasten der Redaktion.

R. Z. 10 000 Mark. — Anna 100. 1. Ja. 2. Triff nicht zu.

SUNNICHIT

SEIFE

NIMM MIT AUF DIE REISE!

